

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5348. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

## Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg.; 111 Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlangauszeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Wieder ein Schutzverbändlerisches Lügenragout! Rundschau. Soziale Monatsschau. Der »Umsturz« des Staates, I. Zur Lebensmittellieferung. — **Allgemeines:** Glossen zur Bewegung, V. Werdet Kämpfer! Ortsberichte: Aus den Streik- und Aussperrungsorten. — **Photogr. Mitarbeiter:** Professor Emmerichs »Erfolge«. — **Die Tapetenbranche:** Hygienische und sanitäre Mißstände. — **Feuilleton:** An die Zufriedenheit! Eine neue Entdeckung? Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### An die arbeitende Kollegenschaft!

Kollegen! Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. 4500 Lithographen und Steindrucker stehen im Kampfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, für Hebung unseres gesamten Berufs. Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der das im Schutzverbände Deutscher Steindruckerei-Besitzer organisierte Unternehmertum den berechtigten notwendigen und erfüllbaren Forderungen der Gehilfenschaft entgegentritt, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kampf noch über das Weihnachtsfest hinaus dauert.

Daraus erwächst für die von der Bewegung nicht erfaßten, in Arbeit stehenden Kollegen die kollegiale Pflicht, ihren streikenden und ausgesperrten Brüdern und deren Familien eine Weihnachtsfeier zu rüsten, die dem Unternehmertum die Schamröte in's Gesicht treiben soll. Sie muß der ganzen Öffentlichkeit beweisen, daß die gesamte Kollegenschaft an dem Kampfe tätigen Anteil nimmt, daß sie voll und ganz hinter den Kämpfenden steht und daß der Kampf als unser aller Kampf betrachtet wird!

Der Hauptvorstand hat daher den Anregungen vieler Mitgliedschaften, die zum Teil von der Bewegung gar nicht erfaßt worden sind, Rechnung getragen und er ruft hiermit die gesamte Kollegenschaft zu einer freiwilligen Sammlung auf, deren Ertrag ausschließlich zu einer besonderen Weihnachtsunterstützung an die Streikenden und Aussperrten verwendet werden soll.

Schwere Opfer haben die kämpfenden Kollegen für die Allgemeinheit gern und freudig auf sich genommen. Ihre Streik- oder Aussperrtenunterstützung reicht nicht aus, um ihren Lieben, ihren Frauen und Kindern, eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wir sind überzeugt, daß es nur dieses Aufbaus bedarf, um die von der Bewegung nicht erfaßten Kollegen, die bisher durch den gegenwärtigen Kampf irgendwelche Opfer nicht zu tragen hatten, zu reichlichen Spenden für die kämpfenden Kollegen zu veranlassen.

Was letzteren selbst nicht möglich ist, das werden die in Arbeit stehenden Kollegen übernehmen: sie werden den Streikenden und Aussperrten und deren Familien, besonders den Kindern, die Weihnachtsfreude in's Haus tragen, damit auch in den Wohnungen der um die Hebung der Lage der gesamten Gehilfenschaft ringenden unerschrockenen und aufopfernden Kämpfer das Fest der Liebe würdig gefeiert werden kann. Material zur Weihnachtsammlung für die Streikenden und Aussperrten geht den Ortsverwaltungen zu.

Kollegen, die Ihr in Arbeit steht! Betätigt von neuem gleich den Kämpfenden, die für die Hebung des ganzen Berufs schwere Opfer auf sich nahmen, die in unseren Kollegenkreisen oft bewährte Opferfreudigkeit! Spendet gern und reichlich! Rüstet Euren kämpfenden Brüdern und ihren Familien ein schönes, frohes Weihnachtsfest, dem unterdrückungs- und ausbeutungswütigen Schutzverbands-Unternehmertum zum Trotz! *Der Hauptvorstand.*

## Streik- und Aussperrungsorte:

**Altwater. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. Saale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Hofgöhlenau. Höxter. Kempen Rhl. Kiel. Kirchhain N. L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Nerchau. Niederselitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schlettau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.**

Bei jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

**Mühlhausen i. Th.** In der Firma Th. Römer kam es zur Arbeitseinstellung, weil den Kollegen Streikarbeit zu verrichten zugemutet wurde. Die Firma ist gesperrt.

**Oesterreich. Wien.** Die chemigraphische Anstalt »Graphische Union« ist wegen Austritt aus der Tarifgemeinschaft gesperrt.

## Achtung, Streikarbeit!

**Berlin.** Firma A. Weylandt benutzt die Annoncen-Expedition von Alfr. Weiner, Berlin, Friedrichstr. 207 zur Vermittlung von Streikarbeit. — Zu Nauck & Hartmann sind von verschiedenen Aussperrungsfirmen Steine und Fettabzüge gesandt worden. Da die Arbeiten in der Firma selbst nicht gedruckt werden, wird sie wahrscheinlich die Aufträge weiterzugeben versuchen; also Vorsicht!

**Leipzig.** Die Firma C. G. Naumann hat Streikarbeit nach Berlin geschickt, und zwar ein Plakat in schwarz, blau, rot, grün, gold; Text: »Nette-Bräu, J. Bubser, Brauerei zur Netze, Weißenturm«.

**Stuttgart.** Die Firma Stähle & Friedel hat Papier für folgende Streikarbeit nach auswärts versandt: »Schachtelumschläge«, »Schweizer Bundessieger« der vereinigten Seifenfabriken.

Sämtliche Aufträge sind als Streikarbeit zu betrachten, zu denen Fettabzüge und Steine an den bekannten Schutzverbandsfirmen geliefert werden. Dabei haben wir besonders festgestellt, daß Arbeiten, von denen Fettabzüge auch von zweiter und dritter Hand geliefert wurden, stets Streikarbeiten waren. Zweifelhafte Arbeiten dürfen so lange nicht begonnen werden, bis eine Aufklärung erfolgt ist. — Um strengste Beachtung des Vorstehenden wird gebeten.

## Wieder ein schutzverbändlerisches Lügenragout!

Im Schweiße seines Angesichts quält sich der Angestellte des Unternehmer-Schutzverbandes ab, um immer neue Unratkübel herbeizuschleppen und sie gegen die Gehilfenorganisation und ihre beauftragten Funktionäre zu entleeren. So trägt er auch wieder in der Extra-Ausgabe 22 a des »Deutschen Steindruckgewerbes« nicht weniger als fünf derartige Gefäße zusammen, um sie gegen die Streikenden und Aussperrten und ihre durch das Vertrauen der Kollegenschaft eingesetzten Führer zu verspritzen. Aber sein Bemühen bleibt vergeblich. Die kämpfende Arbeiterschaft und ihre Beauftragten stehen für diesen Unternehmerangestellten viel zu hoch, als daß er sie treffen könnte. Dabei besudet

er sich selbst bei seinem unappetitlichen Geschäfte immer mehr, denn der ganze ekle Inhalt seiner Unratgefäße fällt immer wieder auf ihn selbst zurück, sodaß er vor der Öffentlichkeit dasteht wie ein über und über begossener Pudel, der nach allem anderen als nach Eau de Cologne duftet.

Den ersten Eimer hat der Angestellte des Schutzverbandes selbst gefüllt. Er ergießt ihn unter dem Motto »Betrachtungen zu dem gegenwärtigen Kampf« über rund sechs Spalten des Schutzverbandsorgans. Ein Lügenbrel, der hinter dem, was früher in dieser Beziehung schon geleistet wurde, nicht zurücksteht, und der um so widerlicher ist, als sich sein Fabrikant in die Pose des Wahrheitsstreters wirft, der der Öffentlichkeit angeblich klaren Wein über den gegenwärtigen Kampf einschenken will! Aber die Gehilfenschaft, die man wieder einmal mit ganzen Sößen des Schutzverbandschleifsteins bedachte, kennt ihre Ausbeuter und deren bezahlten Preisfechter zu genau, als daß sie sich überölpeln ließe. Sie dankt für den Brel, den man ihr in klaren Wein umzutauschen versucht, und sie überläßt es dem Unternehmertum und ihrem Angestellten, sich selbst an dem ekle Zeug zu laben. Nichtsdestoweniger kann die Feststellung nicht unterlassen werden, in welcher unverfrorenen Weise man im Schutzverbandsorgan einen Schwindel an den andern reiht, während man andere Leute dreist und gottesfürchtig der Lüge bezichtigt.

So wird gleich in der Einleitung wieder erzählt, »daß die Bewegung eine immer größere Ausdehnung annimmt«, während der Umfang der Bewegung durch die Einigung mit einer ganzen Reihe Firmen eher zurückgegangen als gestiegen ist; diese Firmen beschäftigen nämlich insgesamt weit mehr Gehilfen wie die paar Betriebe, die sich nachträglich mit dem Schutzverbände solidarisch erklärt haben. Aber diese Tatsache wird vom Unternehmerorgan geflissentlich verschwiegen. Dafür unterstellt man uns die »bewußte Unwahrheit«, behauptet zu haben, der Schutzverband habe in Dresden nur durch zwei kleine Firmen mit je 4 Gehilfen Unterstützung erhalten, während wir von der Aussperrung in den Firmen Nenke & Ostermeter, Zepernick und Steinbach & Strache keine Mitteilung gemacht haben sollen. Diese Firmen kündigten ihr Personal bereits am 28. Oktober, was wir pünktlich und gewissenhaft in Nr. 48 der »Gr. Pr.« vom 4. November, Seite 386, Spalte 3 registrierten, wo es jedermann nachlesen kann; die beiden kleinen Anstalten kündigten ihre je 4 Gehilfen erst eine Woche später, was wir dann prompt und gewissenhaft in Nr. 50 der »Gr. Pr.« verbuchten. Die Behauptung des Schleifsteins muß also, da wir gewöhnt sind, jedes Ding beim rechten Namen zu nennen, wenn nicht als eine böswillige, so doch als eine leichtfertige Verleumdung des Gegners bezeichnet werden.

Dagegen muß die in bezug auf die Berliner Firma Selmar Beyer — die sich bekanntlich am 11. November dem Schutzverbände durch die Aussperrung anschloß — gemachte Bemerkung

kung des Schleifsteins: »Vielleicht bringt es die Redaktion der 'Graphischen Presse' fertig, auch hier zu leugnen«, direkt als eine böswillige Verleumdung bezeichnet werden, da erst hätte abgewartet werden müssen, ob die Verbuchung dieses Falls nicht ebenso prompt und pünktlich erfolgen werde wie die aller früheren Fälle. Tatsächlich wurde diese Registrierung auch ge-wissenhaft in Nr. 52 der »Gr. Pr.« vom 18. November vorgenommen. Diese Nr. lag dem Schutzverbandsredakteur beim Abschluß der Extraausgabe des Schleifsteins Nr. 22a bereits vor, was daraus zu erkennen ist, daß er auf den Inhalt der »Gr. Pr.« Nr. 52 in jener Extraausgabe mehrfach bezugnimmt; trotzdem hat er seine böswillige Verleumdung nicht gestrichen!

Nach diesen Proben wird jeder Kollege selbst wissen, wie der wiederholte Schwindel von dem »sozialdemokratischen Terrorismus und Boykott« einzuschätzen ist, den der Senefelderbund gegen diejenigen Gehilfen weiterbetreiben (!) soll, »die nicht gewillt sind, sich in das gewerkschaftliche Joch spannen zu lassen, die noch einen Stolz darauf setzen, ihre Denk- und Handlungsfreiheit sich bewahrt zu haben«. Es genügt wohl, diese widerliche Lohbudelei gegenüber den Verrätern an ihrer eigenen Sache, den Streikbrechern, tiefer zu hängen, deren einen kürzlich erst ein Vorstandsmitglied des Schutzverbandes auf die Straße setzte mit der Begründung, daß er sich von Leuten seines Schlages keine Vorschriften über die Entlohnung für die Rausreißertätigkeit machen lasse!

»Man sollte die geradezu teuflischen Pläne mit denen hier vorgegangen wird, gar nicht für möglich halten.« So quietscht der Schleifstein bei seiner Tätigkeit, zur Abschlichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter das Messer zu wetzen. Und zu unserer Bemerkung, daß auf die Streikbrecher selbstverständlich auf jede gesetzlich zulässige Weise eingewirkt werde, leistet er sich die bahnbüchene Unverschämtheit: »Ja, was man so unter sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern unter Gesetz versteht!« Derselbe Mensch, der sich diese Sätze leistet, entrüstet sich kurz vorher über den von der Gewerkschaftspresse angeschlagenen Ton! Heuchelei und Pharisäertum, das darauf berechnet ist, die Aufmerksamkeit von den teuflischen Plänen abzulenken, die man selbst verfolgt! Teuflisch ist es, ausgesperrte oder streikende Arbeiter zum Verrat zu zwingen durch die Drohung, sie von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz hetzen zu wollen! Teuflisch ist es, die am Kampfe völlig unbeteiligten Angehörigen durch die Bedrohung mit der Hungerpeitsche zu veranlassen, ihre streikenden oder ausgesperrten Söhne, Brüder usw. zum Umfall und zum Bruch ihres Ehrenwortes zu überreden! Teuflisch ist es, die wirtschaftliche Uebermacht des Unternehmers über den Arbeiter auszunutzen, um aus ehrlichen Arbeitern Lumpen zu machen! Und alle diese Teufeleien sind beim Schutzverbande alltägliche Gebräuche, bei demselben Schutzverbande, dessen Organ sich anmaßt, der kämpfenden Gehilfenschaft teuflische Pläne nachzureden und mit den blutigsten Terrorismustugenden gegen die Arbeiterschaft scharf zu machen!

Der Schutzverbandeschleifstein wagt es, gegen die Veröffentlichung der Namen von Streikbrechern in einigen Lokalblättern die Staatsanwaltschaft aufzuruft; das tut dasselbe Blatt, dessen Herausgeber Hunderte und Tausende fleißiger und ehrlicher Arbeiter durch schwarze Listen hinterlistig und geheim in Verruf erklärt, um sie aussauhungern! Pfui Teufel über diese kapitalistische Doppelmoral, deren Vertreter es fertig bringen, anderen Leuten Handlungen anzudichten und nachzureden, deren sie sich selbst in skrupellosester Weise tagtäglich schuldig machen, und die es trotzdem wagen, vom Gegner zu behaupten, daß er mit dem krassesten und kältesten Zynismus alle Gefühlserück-sichten über den Haufen wirft!, während sie selbst die Gefühllosigkeit und Brutalität in ein System gebracht, bis zur höchsten Potenz entwickelt und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse mit aller Schärfe zur Geltung gebracht haben!

Dazu gehört auch der Verräterfang des Schutzverbandes durch den rollenden Rubel. Kein Mensch wird sich angesichts der vom Schutzverbande vertretenen Doppelmoral wundern, wenn er auch hier das, was er selber tat, anderen nachredet und von unserer Organisation behauptet, sie habe ihm in diverser Beziehung das Geschäft zu verderben versucht. Als Beispiel und »Beweis« wird gesagt, daß »der Berliner Gauvertreter Haß mit gefülltem Geldbeutel nach Gera gesandt wurde, um die engagierten Gehilfen 'Joszukaufen'«. Kollege Haß schreibt uns hierzu: »Ich betone, daß ich den einzelnen Arbeitswilligen in Gera überhaupt keine Summen angeboten habe. Nachdem sich die Rausreißer mit der ordentlichen Unterstützung nicht zufrieden geben wollten, habe ich es abgelehnt, ihre Kraft zu kaufen. Es sind glücklicherweise Zeugen zur Hand, die dies beweisen können.« Die Aussage des Kollegen Haß genügt der Gehilfenschaft, um die Behauptungen des Schleifsteins als erledigt zu betrachten. Der Versuch des Schutzverbandes, den Senefelderbund durchaus zu seinem Konkurrenzgeschäft im Lumpenhandel zu stempeln, ist also wieder einmal gründlich vorbeigelungen.

Derartige unsaubere Schachergeschäfte überlassen wir dem Schutzverbande. Wir begnügen uns damit, Streikbrecher an ihre Pflicht, zu ihren kämpfenden Klassengenossen zu stehen und nicht mit den Ausbeutern gegen die Ausbeuteten zu kämpfen, immer wieder zu ermahnen. Etwas anderes ist auch in dem vom Schleifstein erwähnten Fall nicht geschehen, in welchem »ein Gauvertreter in einem großen Druckort einen mit 14tägiger Kündigungsfrist angestellten Gehilfen aufforderte, sofort die Arbeit niederzulegen, widrigenfalls er aus dem Senefelderbunde ausgeschlossen werde.« Auch in diesem Falle soll der Kollege Haß der Sünder sein, obwohl er diesmal nicht genannt wird. Nach dessen Mitteilung ist die tatsächliche Sachlage wie folgt: Die Firma Selmar Beyer in Berlin, auf die sich der Fall bezieht, gab unserer Organisationsleitung in Berlin die ehrenwörtliche Erklärung, daß der kündigungalose Zustand, der für die Gehilfen durch einen Konflikt der Firma mit dem Hilfspersonal eingetreten war, zu keinem Angriff gegen uns benutzt werden sollte. Trotzdem sperrte die Firma am 18. November die Gehilfen aus. Nur der Steindruckerkoch Gocksch hatte, als die Aussperrung erfolgte, noch Kündigung; er sollte seine 14tägige Kündigungsfrist ruhig abarbeiten. Trotzdem er nun erklärt hatte, er solle nur im Keller arbeiten, machte er bald nach dem Beginn der Aussperrung den Rausreißer in der Umdruckerel. Da dies gegen sein Versprechen war, wurde er aufgefordert, diese Arbeiten sofort zu verweigern. Daraus macht der Schleifstein die Aufforderung, »sofort die Arbeit niederzulegen«, wovon in dem Briefe an Gocksch mit keinem Wort die Rede ist; er hätte sich seinem Versprechen gemäß nach wie vor ruhig im Keller weiterbeschäftigen lassen können.

Nach seiner Tatsachenverdrehung wirft der Schleifstein die »gelstvolle« Frage auf: »Wie würde sich jener Gauvertreter wohl entrüstet haben, wenn der Arbeitgeber einen Gehilfen plötzlich ohne Lohnzahlung entlassen hätte?« Dazu sei bemerkt, daß diese Fälle zu alltäglich sind, um noch eine große Wirkung ausüben zu können. Natürlich machen auch Schutzverbandsfirmen dabei keine Ausnahme. So hat die Firma Wilhelm Boehme in Berlin, als die Kollegen, die ohne Kündigung standen, nach der Einleitung der Aussperrungsaktion durch den Schutzverband am 4. Oktober die Arbeit einstellten, den fälligen Lohn für drei Tage und die schon länger fälligen Prämien nicht ausgezahlt. Sie mußte erst durch das Gewerbe-gericht zur Zahlung verurteilt werden. Inzwischen hat aber die Firma Konkurs angemeldet und die Kollegen sind bis heute noch nicht zu ihrem sauer verdienten Lohn gekommen.

Nach diesen Proben von der Kampfweise des Schutzverbandes und seines Schleifsteins wird sich kein Mensch mehr wundern, daß der

gutbezahlte Schleifsteindreher des Schutzverbandes auch das Gras wachsen hört. »Mit Ruhe und Kaltblütigkeit sieht der Schutzverband der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen, zumal die Lage für ihn eine überaus günstige ist; betont er gegen Schluß seines Schwindelbreis, was ihm natürlich alle Gehilfen nach allen bisherigen Beispielen seiner Wahrheitsliebe auf's Wort glauben. Von der Organisation der Gehilfenschaft bemerkt er aber wichtigtuertisch und geheimnisvoll: »... wir wissen, wie es beim Senefelderbund bestellt ist.« In der mündlichen Verbreitung von Gerüchten geht der Schutzverband noch einen Schritt weiter, indem er durch seine Kreaturen erzählen läßt, der Senefelderbund pfeife in Geldangelegenheiten auf dem letzten Loch.

Zu seiner Beruhigung wollen wir seine mitfühlende Sorge um unsere Kassenlage zerstreuen und erklären, daß es letztere der Gehilfenschaft gestattet, den aufgezweigten Kampf noch ein paar mal soviele Wochen hindurch weiter zu führen, wie er schon gedauert hat! Das ist ihr möglich, ohne daß sie irgend welche Anleihen aufzunehmen braucht! Von verschiedenen Seiten kam die Anregung aus den Kreisen der nicht vom Kampfe erfaßten Mitglieder, eine Extrasteuer auszuschreiben; diese Anregung wurde vom Hauptvorstande und von der Gauvertreterkonferenz abgelehnt, weil ihre Befolgung in Anbetracht unserer Kassenlage nicht nötig ist. Will also der Schutzverband das Gewerbe durch die fernere strikte Ablehnung unserer berechtigten und erfüllbaren Forderungen weiter ruinieren — die Gehilfenschaft und ihre Organisation hält's aus! Das möge sich das Unternehmertum samt seinem Schutzverband und seinem Schleifsteindreher ausdrücklich gesagt sein lassen!

Nach anderen Gerüchten will der Schutzverband die Verhandlungen bis kurz vor Weihnachten verschleppen, weil er hofft, durch den Hinweis auf das Weihnachtsfest und durch neue Bedrohungen und Versprechungen die Streikenden und Ausgesperrten in Scharen zum Abfall treiben zu können. Der Schutzverband schätzt die kämpfende Gehilfenschaft immer wieder allem Anschein nach wie seine Rausreißer ein; sie wird ihn aber auch diesmal eines besseren belehren. Sie hat einig und geschlossen den Kampf aufgenommen in der klaren Erkenntnis der zwingenden Notwendigkeit, der jahrelangen maßlosen Ausbeutungspraxis und Unterdrückungsaktik des Schutzverbandes ein für alle mal ein Paroli zu bieten und ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser gesteigerten Ausbeutung und der verteuerten Lebenshaltung anzupassen, und sie wird den Kampf ebenso geschlossen und einig durchzuführen wissen allen Zersplitterungsversuchen des Schutzverbandes zum Trotz. Die Kollegen-schaft ist es gewöhnt, Opfer zu bringen, besonders wenn sie im Kampfe gegen die Brutalität des Ausbeutertums zur Erringung des Sieges unvermeidlich sind. Sollte der Kampf aber noch über Weihnachten dauern, dann wird die von ihm nicht erfaßte Gehilfenschaft zweifellos den streikenden und ausgesperrten Brüdern ein Weihnachtsfest rüsten, daß der Schutzverband samt seinem Moniteur vor Neld platzen soll!

Auf die übrigen Ablagerungen der Extraausgabe Nr. 22a des Schleifsteins einzugehen, können wir uns an dieser Stelle schenken. Sie gelten in der Hauptsache gegen das in der »Gr. Pr.« mehrfach erwähnte Kampfmittel der passiven Resistenz. Angesichts der vorhin gebrandmarkten kapitalistischen Doppelmoral, die der Schleifstein vertritt, macht sich die Entrüstung über dieses unmoralische Kampfmittel besonders hübsch. Was hierzu noch zu sagen ist, wird gelegentlich noch an anderer Stelle geschehen.

Hier bleibt uns nur noch übrig, den Artikel »Freiheit und Gleichheit« zu erwähnen, durch den man die alten Ladenhüter über das gewerkschaftliche Unterstützungswesen, über die



armen verführten und zur Arbeitsniederlegung gezwungenen Mitglieder und über die bösen Führer, die zum Streik hetzen, weil sie selbst keine Not leiden, von neuem präsentiert. Wie der Fuchs den Gänsen predigt, um ihnen um so sicherer den Garau machen zu können, so wiederholen sich diese Predigten in der Unternehmerpresse immer wieder, um die Arbeiterschaft zu betölpeln und dann um so ungestörter ausbeuten zu können. Aber diese durchsichtigen Manöver verfangen nicht mehr; dazu ist die Arbeiterschaft zu aufgeklärt, sodaß sie die Wölfe im Schafspelze zu durchschauen vermag. Mit überwältigender Mehrheit hat die Gehilfenschaft in den Streikorten die Arbeitsniederlegung in geheimer Abstimmung beschlossen. Als reife Männer, nicht aber als unreife Burschen, die sich verführen lassen, haben die Kollegen freiwillig und ungezwungen die Lasten des Kampfes auf sich genommen. Zur Arbeitsniederlegung gezwungen wurden nur die Gehilfen der Aussprungsbetriebe durch das Unternehmertum! Wie der freiwillig aufgenommene, so wird auch dieser aufgezwungene Kampf tatkräftig durchgeführt werden.

### Rundschau.

**Die Charakterisierung der Freiheitsideales des Graphischen Zentralverbandes**, die auf Grund des Regensburger Beispiels in Nr. 50 der Graph. Presse vorgenommen wurde, ist den christlichen Graphikern schwer auf die Nerven gefallen. Daß wir an den Angaben des Jahresheftes zweifeln und diese Zweifel mit einem Beispiel begründeten, soll eine niederträchtige Gemeinheit sein; den Regensburger Verrat könne ihnen nur ein im blinden Haß entwickeltes Genußesinn... unterschrieben. Die Prügel haben also geessen und man reißt sich wieder einmal das schmerzende Rückenende. Die Graph. Stimm-bemühn sich nun in ihrer Heumelerei, die ganze Geschichte auf ein anderes Gleis zu schieben. Der Kern der Sache liegt aber doch darin, daß die Christlichen aus Agitationsgründen zur Befriedigung ihres Machtstrebens nicht von dem Treubruch und der Schädigung von Arbeiterinteressen zurückschrecken. Ihre tönerne „Macht“ konnte doch gar nicht offener dargelegt werden, als durch ihr jämmerliches Einverständnis, in Regensburg wäre an einen Streik überhaupt nicht zu denken. Damit ist aber auch die jetzige Äußerung der „Stimmen“, der rote Buchbinderverband hätte in R. keinen Kampf gewagt, sondern von den Christlichen erwartet, daß sie ihm die Kastanien aus dem Feuer holen, als eine dem Gemisch von Größenwahn und Niedertracht entsprungene Verleumdung abgetan. So versprechen aber die Christlichen ihre Schandtatzen zu bemänteln, nachdem sie 14 Tage vorher, jedenfalls durch einen Keim von Schuldbewußtsein getrieben, ihren Verrat mit den Monopolbestrebungen der soz. Gewerkschaften, insbesondere des Senefelderbundes, entschuldigten. Aber der Zweck solcher Uebungen ist klar. Mit Stolz verzeichnen die „Stimmen“, daß die Nr. 50 der Graph. Presse sich ca. 2 1/2 Spalten lang mit dem Zentralverbande beschäftigte; es wird dazu gelogen, daß die „roten“ Phrasen, die „roten Drahtzieher“ dies öfter (?) tun, und damit suchen sie ihre Anhänger über ihre tatsächliche Bedeutungslosigkeit hinwegzutäuschen. Wenn es ihnen aber einmal gelungen ist, sich für ausnahmeweise große Niederträchtigkeit eine gehörige Lektion zu holen, gehen sie um die eigentliche Ursache herum, wie die Katze um den heißen Brei, bringen nur das, womit sie Effekt machen zu können glauben, und beschmieren dann regelmäßig alle 14 Tage dreiviertel der 6 Seiten ihres Blättchens mit solchen verlogenen und verdrehten Sudeleien. Sollen wir sie in diesem Vergnügen stören, denen es außer an Mitgliedern und Geld auch noch an Geist gebricht? Wir glauben nicht.

**Ein unverständliches Urteil** fällt am 21. November das Gewerbegericht zu Altona. Die Firma Langebartels & Jürgens in Altona hatte einen Steindruckers aus Graz engagiert, ohne ihm mitzuteilen, daß sie an der Aussperrung beteiligt ist. Als der Betreffende die Tatsachen erfuhr, weigerte er sich, obwohl er nicht der Organisation angehört, Raureisferdienste zu machen und verlangte von der Firma die Vergütung der Reise, was die Firma verweigerte. Der Kollege reichte Klage beim Gewerbegericht Altona ein auf Entschädigung der Reise und 14 Tage Lohn, weil die Firma seiner Ansicht nach verpflichtet gewesen wäre, ihm von der Aussperrung Mitteilung zu machen. Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, daß eine arglistige Täuschung nicht erwiesen sei. Die Firma sei nicht verpflichtet gewesen, dem Kläger die Tatsache der Aussperrung mitzuteilen. Wir finden, daß der Standpunkt, den das Gericht hier eingenommen hat, unhaltbar ist. Der Unternehmer behauptet aber, der Kläger habe ihm gesagt, es sei ihm bekannt gewesen, daß in Deutschland Aussperrung ist; das wird aber vom Kläger in Abrede gestellt. Trotzdem baute das Gericht auf die

Behauptung des Unternehmers seine Urteilsbegründung auf.

**Dr. Hugo Gerschel**, der frühere Vorsitzende des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer, ist am 28. November im Alter von 57 Jahren an Arterienverkalkung gestorben. Er war in Liegnitz geboren, besuchte das Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin, studierte dann hier und in Leipzig von 1872—1875 die Rechte, wurde 1875 Referendar und Gerichtsassessor. Seit 1883 war er Mitinhaber der Berliner Luxuspapierwarenfabrik Hagelberg. Als solcher wirkte er für die Gründung des Schutzverbandes der Steindruckunternehmer, die ihn zum Vorsitzenden wählten und später zum Ehrenvorsitzenden ernannten. Zu Lebzeiten vertrat er den menschenfreundlichen Standpunkt, daß für einen verheirateten Gehilfen ein Wochenlohn von 25 Mk. ausreichend sei. — Auch in der politischen Arena ist der Verstorbene hervorgetreten. Er gehörte der Fortschrittlichen Volkspartei an und vertrat von Dezember 1905 bis Mai 1908 den früheren Wahlbezirk Berlin I, dann den Wahlbezirk Berlin II im preussischen Abgeordnetenhaus. Als preussischer „Volksvertreter“ ist er der Vater des Gesetzes, wonach die Unternehmer der Steuerbehörde den Lohn ihrer Arbeiter ganz genau anzugeben haben, damit das Einkommen des Arbeiters unbedingt auch bis auf den letzten Pfennig zur Steueranlage herangezogen werden kann. Alles in Allem war er also ein Scharfmacher vom reinsten Wasser. Diesen Ruhmestitel wird ihm niemand streitig machen können.

**Geschäftsergebnisse.** Die Firma *Friedrich Andreas Perthes Akt.-Ges. in Gotha* hatte im verflossenen Geschäftsjahre nach 30047 Mk. Abschreibungen (i. V. 23624 Mk.) einen Reingewinn von 51565 Mk. (i. V. 51144 Mk.) Hier von werden wie im Vorjahre 8 Proz. Dividende auf die Prioritäts- und 1 1/2 Proz. auf die Stammaktien sowie 15 Mk. auf die Genußscheine verteilt und 3820 Mk. (i. V. 3416 Mk.) vorgetragen.

**Die Neue Photographische Gesellschaft in Steglitz bei Berlin** scheint auf dem letzten Loche zu pfeifen. Trotz des vorjährigen Versuchs, die damals bestehende Unterbilanz von 611179 Mk. durch eine 30 prozentige Zuzahlung auf das 4 Millionen Mk. betragende Aktienkapital zu beseitigen, soll nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ jetzt schon wieder eine erhebliche Unterbilanz vorhanden sein; auch an flüssigen Geldmitteln soll es der Gesellschaft wiederum fehlen. Neue Versuche zur Sanierung des Unternehmens haben nach dem „Berl. Tagebl.“ wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg. Diese kritische Lage wird mit darauf zurückgeführt, daß die Gesellschaft immer noch an den Folgen ihres unweckmäßigen Expansionsdranges sowie ihrer zum Teil wenig erfolgreichen Experimentiererei auf technischem Gebiete krankt. Den direkten Anstoß zu den jetzigen Schwierigkeiten sollen Differenzen mit der *General Paper Co* in Brüssel gegeben haben, die der N. P. G. einen großen Teil der von ihr benötigten Rohmaterialien bisher geliefert und ihr größere Kredite bewilligt hat. Diese Gesellschaft, mit der die N. P. G. im Prozeß liegt, hat der Gesellschaft die Lieferungen gesperrt, so daß sie nunmehr genötigt ist, ihre Materialien gegen bar einzukaufen, wodurch erhebliche Geldmittel in Anspruch genommen werden, über die die Gesellschaft zurzeit nicht verfügt. Die Dresdner Bank, die der Gesellschaft im vorigen Jahr einen gedeckten Kredit einräumte, hat an ihrem damals schon betonten Standpunkte, daß sie sich zur Einräumung weiterer Kredite nicht bereit finden lassen würde, festgehalten und beabsichtigt nicht, dem Unternehmen irgendwelche neuen Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Zur Tabakarbeiteraussperrung.** Die Schafmacherei ist überall Trumpf. Das beweist aufs neue die gegenwärtige Tabakarbeiterbewegung. Die bescheidenen Forderungen einer unter den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen lebenden Arbeiterschaft dienten den Tabakfabrikanten zum Anlaß einer Aussperrung größeren Umfanges, die nun bereits fünf Wochen dauert. Durch die Solidaritätsstreiks der Tabakarbeiter in Bremen und Hamburg ist die Zahl der im Kampfe Stehenden noch merklich gestiegen; sie beträgt rund 13000, davon sind 5000 Arbeiterinnen. Das genügt aber anscheinend den Fabrikanten noch nicht; ihr Streben geht dahin, der Bewegung einen noch größeren Umfang zu geben. Vor allem sind es die westfälischen Fabrikanten, die als rücksichtslose Scharfmacher auftreten und jede Einigung hintertreiben. Sie waren es auch, die die Vorschläge einer Kommission, an deren Zustandekommen ein Unternehmervertreter wacker mitgeholfen hatte, rundweg ablehnten. Dabei sahen die Vorschläge auch nur das Allermindeste vor, was an Lohnaufbesserungen usw. unbedingt gefordert werden mußte. Und ferner sollten die vorgesehenen Verbesserungen erst mit dem 1. Januar 1912 in Kraft treten. Die westfälischen Fabrikanten lehnten aber diese Vorschläge brüsk ab, sie ließen gar keinen Zweifel mehr darüber, daß es ihnen in diesem Kampfe darauf ankomme, die in Frage kommenden Gewerkschaften niederzuringeln, indem sie bei dem Arbeitgeberbunde der deutschen Zigarrenindustrie eine allgemeine Aussperrung aller organisierten Tabakarbeiter beantragten. Diesem Antrage hat aber der Bund nicht entsprochen, er hat es zunächst bei einer Sympathieerklärung bewenden lassen. Etwalge Maß-

nahmen sind dem Vorstande überlassen worden. Der Kampf wird daher ungeschwächt fortgeführt. Der allgemeinen Arbeiterschaft erwächst die Pflicht, die Kämpfenden tatkräftig zu unterstützen, sowohl rege Beteiligung an den Sammlungen, sowohl als auch dadurch, daß sie die Fabrikate der bestreikten Firmen nicht kaufen. Strengste Solidarität ist in diesem Kampfe Voraussetzung für seinen günstigen Ausgang. Der Scharfmacherer muß eben allerwärts gleich energisch entgegengetreten werden, nur so ist ihre Beseitigung überhaupt möglich.

**Reichsgericht und Haftung für Betriebsunfälle.** Der Direktor einer Stärkefabrik bei Hohen-salza wurde wegen eines tödlichen Betriebsunfalles zu einem Monate Gefängnis verurteilt, weil die Untersuchung ergab, daß er es unterlassen hat, die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften in seinem Betriebe zu beachten. Er legte gegen das Urteil Berufung ein und machte geltend, daß er nur kaufmännischer Leiter des Betriebs gewesen sei und ihm die technische Seite des Betriebs nichts angegangen habe. Es wurde jedoch daranhin festgestellt, daß der Direktor im Laufe der Zeit seine Befugnisse im Betriebe dermaßen erweitert habe, daß der technische Betriebsleiter fast gar nichts mehr zu sagen gehabt hätte; ersterer galt als Direktor und Betriebsleiter in einer Person. Dieser Auffassung schloß sich nun auch das Reichsgericht an und legte dem Direktor zur Last, daß er es unterlassen habe, den Aufsichtsrat auf das Fehlen der Schutzvorrichtungen aufmerksam zu machen. Es blieb demnach bei der Gefängnisstrafe; die Berufung dagegen wurde verworfen.

**Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung** vom 1. Dezember 1910 werden jetzt vom Kaiserlichen Statistischen Amte bekannt gegeben. Danach waren insgesamt 64 925 993 Personen in Deutschland ortsanwesend, gegen 60 641 489 am 1. Dezember 1905. Die im Februar mitgeteilte vorläufige Ziffer hatte 64 903 423 betragen. Die Zunahme seit 1905 beträgt also 4 482 504 Personen oder 7 06 Prozent.

**Ueber Dezentralisationsbestrebungen in den skandinavischen Gewerkschaften** berichtet das „Korrespondenzblatt“ der General-kommission in seiner neuesten Nummer. In Dänemark sowohl wie in Schweden ist die gewerkschaftliche Zentralisation bekanntlich am weitesten vorgeschritten. Die Gewerkschaften sind in jedem Lande in einer Landesorganisation zusammengeschlossen. Diese sind gewissermaßen als Versicherungsanstalten der Einzelgewerkschaften zur Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit in Zeiten des Kampfes gedacht. Sie sind aber bald für alle Kämpfe entscheidend geworden, so daß keine Gewerkschaft völlige Selbständigkeit besitzt. Es ist die Anmeldepflicht für Streiks und Aussperrungen vorgesehen, etwaige Tarifvertragskündigungen hängen von der Genehmigung der Landeszentrale ab usw. Die Unternehmerorganisationen haben sich jene Einrichtungen schnell zunutze gemacht. Sie befolgen die Taktik, die Erledigung aller zurzeit vorhandenen Differenzen in den verschiedenen Industrien und Gewerben zu fördern, widrigenfalls der Kampf auf der ganzen Linie androht und eventuell auch inszeniert wird. Die gewerkschaftliche Kraft ist so ganz bedeutend beschränkt und bis zu einem gewissen Grade lahmgelegt. Dagegen macht sich unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine steigende Unzufriedenheit bemerkbar, der man die Berechtigung nicht absprechen kann, wenn auch die neuen Formen, welche angestrebt werden, noch keine Lösung der Schwierigkeiten bringen.

**Wilhelm Pfannkuch**, einer unsrer wackeren Alten in der Arbeiterbewegung, feierte am 28. November seinen selbzigsten Geburtstag. Er wurde 1841 in Kassel geboren, erlernte das Tischlerhandwerk, ging mit 19 Jahren in die Fremde und fand als junger, wissensdurstiger und bildungseifriger Mensch bald den Weg zur jungaufstrebenden Arbeiterbewegung. Ende 1866 kehrte er in seine Vaterstadt zurück, wo er bald als Werber für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung und als Organisator der Arbeitermassen im vordersten Treffen stand. Daher hat er auch die „Freunden des Sozialitätengesetzes reichlich zu fühlen bekommen. Nach dem Fall des Gesetzes siedelte Pfannkuch als Redakteur der „Tischler-Zeitung“, einer Vorläuferin der „Holzarbeiterzeitung“, des Organs des Holzarbeiterverbandes, nach Hamburg über. Von hier wurde er in den Parteivorstand des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung berufen, dem er seit dem 1. Januar 1894 angehört. Siets hat Pfannkuch im Dienste der Arbeiterbewegung treu und eifrig seine Pflicht erfüllt. Die Glückwünsche, die ihm zu seinem selbzigsten Geburtstage dargebracht wurden, sind der beste Beweis für die Liebe und Verehrung, die er sich durch sein Wirken im Proletariat erworben hat.

**Hugo von Tschudi**, der Organisator der Nationalgalerie in Berlin, ist am 24. November im 61. Lebensjahre in einem Sanatorium bei Cannstatt gestorben. Die Kunde wird manchem überraschend kommen, denn die frische, zugreifende Tätigkeit, die Tschudi in München entfaltet, ließ an alles andere, denn an Sieden denken. Und doch war er seit langem schon am Lupus leidend; in den letzten Wochen machte die Krankheit schnelle Fortschritte und warf ihn aufs Bett. Eine Herzschwäche bereitete ihm den Tod.

**Wilhelm Jensen, der friesische Dichter, starb in München am 24. November im Alter von 74 Jahren an Arterienverkalkung.** Er gehörte nicht zu den Dichtern, in deren Schaffen dem sozialen Geist dieser Zeit freie Bahn gegeben ist. Seine Muse tummelt sich am liebsten in kleinstädtischen oder dörflichen Bezirken. Seine Menschen sind weniger realistisch geschaut als mit träumender Seele erfäßt. Er ist ein feiner Stimmungspoeet und Landschaftsschilderer, gleich Storm. Diese Art spiegelt sich auch in seiner Lyrik. Als Dramatiker ist Jensen nicht besonders hervorgetreten.

## Soziale Monatschau.

Berlin, den 25. November 1911.

Die kleine Gewerbeordnungsnovelle: Lohnbücher; sanitärer Maximalarbeitszeit. Vom Hausarbeitsgesetz. Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Neue Quittungskarten. Kosten der neuen Hinterbliebenenversicherung. Von der Volksfürsorge.

Der Reichstag, der sich Ende voriger Woche wieder einmal auf acht Tage verlagte, erledigte kurz vor dieser Verlegung die sogenannte kleine Gewerbeordnungsnovelle in zweiter Lesung. Die Tendenz und das Ergebnis der Debatten war nicht nur unsozial, sondern zum Teil direkt arbeiterfeindlich. In der Hauptsache handelte es sich dabei um die zwangsweise Einführung von Lohnbüchern für die Arbeiter und um den sogenannten sanitären Maximalarbeitszeit.

Nach dem Gesetzentwurf der Regierung soll es dem Bundesrat überlassen bleiben, auf dem Verordnungswege Lohnbücher für bestimmte Gewerbe vorschreiben zu können. Der Inhalt der Lohnbücher wird genau bestimmt und festgesetzt, daß die Lohnbücher dem Arbeiter gleich beim Antritte der Arbeit ausgehändigt werden müssen. Nun hat aber die Kommissionsberatung den Entwurf dadurch nicht unwesentlich verschlechtert, daß eine Bestimmung in das Gesetz hineingebracht wurde, wonach die Lohnbücher in der Betriebswerkstätte verbleiben müssen, wenn der Unternehmer dies zur Führung von Fabrikationsgeheimnissen verlangt. Um diese Verschlechterung, die von den Sozialdemokraten energisch bekämpft wurde, drehte sich fast die ganze Debatte. Alle bürgerlichen Parteien stellten sich auf Seiten der Unternehmerinteressen und lehnten jeden Verbesserungsvorschlag ab. Infolgedessen wurde dieser Teil des Gesetzes in einer Fassung zum Beschluß erhoben, daß man vergebens nach einem Fortschritte sucht. Die Lohnbücherfrage ist dadurch auf ein Gleis geschoben worden, das in den meisten Fällen den Unternehmern bzw. ihren Vertretern mehr Arbeit verursacht und für die Arbeiter dennoch keinen Wert hat.

Ebenso ging es mit Bestimmungen, die die Einführung eines sanitären Maximalarbeitsgesetzes zum Ziele haben sollten, und zwar nach § 120f des Gesetzesentwurfs. Danach kann für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, der Bundesrat, die Landeszentralbehörde oder die zuständige Polizeibehörde Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen regeln. Dazu beantragten nun die Sozialdemokraten, auch Fortbildung und Familienleben als Gründe für eine solche Regelung gelten zu lassen und die Landeszentralbehörden sowie das Mitbestimmungsrecht der Polizei auszu-schalten. Diese Verbesserungsanträge wurden aber von den Vertretern des Zentrums und der National-liberalen bekämpft. Und mit Recht, weil bei dieser Auseinandersetzung der Abgeordnete Behel darauf hin, wie notwendig es sei, daß nicht nur die Frau beim Schutze des Familienlebens in Betracht käme, sondern auch der Mann sich um die Erziehung der Kinder kümmern müsse. Das sei aber unmöglich, wenn der Mann täglich zwölf Stunden arbeiten müsse und jeden Tag morgens vor 6 Uhr fort müsse und abends nicht vor 8 Uhr nach Hause komme. Denn so bekomme er seine Kinder die ganze Woche nicht zu sehen. Daß gegen solche Schutzbestimmungen in erster Linie Geistliche im Reichstage auftreten, hätte er nicht erwartet. Aber alles war umsonst. Die Verbesserungsanträge wurden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und das Gesetz in der Kommissionsfassung angenommen. Es soll am 1. April 1912 in Kraft treten.

Am 27. November will der Reichstag seine Tagungen fortsetzen, und zwar beabsichtigt er an diesem Tage mit der zweiten Lesung des sogenannten Hausarbeitsgesetzes zu beginnen. Wer erwartet, daß das zum Himmel schreiende Elend der Hausindustrie durch dieses Gesetz auch nur einigermaßen eingeschränkt werden wird, wird jedenfalls durch die Arbeit des gegenwärtigen Reichstages nicht auf seine Rechnung kommen und schwer enttäuscht werden. Der Entwurf, wie er nach der ersten Lesung im Plenum durch die Kommission gestaltet wurde, berechtigt zu den schwersten Befürchtungen. Es wird, wie der bürgerliche Sozialpolitiker Professor Willbrandt zutreffend sagt, »der Helmarbeiter durch die Vorschriften zur Verantwortung gezogen dafür, daß sein Lohn nicht reicht, um sich einen anständigen Arbeitsraum leisten zu können, er wird mit Geld- und eventuell mit Haftstrafe bedroht, wenn er den Verfügungen nicht nachkommt, die ihm zum Schutze seiner und anderer Leute auferlegt werden und er mag dann berechnen, ob die von ihm geforderten Aufwendungen, für die er um so mehr hungern oder um so länger in die Nacht hinein arbeiten muß, als »unverhältnismäßig« zu bezeichnen sind oder nicht.« Willbrandt schließt nach

Ausführung, daß man natürlich für alles eintreten müsse, was für Volksgesundheit und Volkskraft erforderlich ist: »Aber das eine soll man nie vergessen: die Ärmsten der Armen, denen man helfen wollte, sie werden durch das, was ihnen da vorgeschrieben wird, zu Ausgaben gezwungen, sie müssen statt mehr zu bekommen, mehr bezahlen!« Daß es im Plenum des sterbenden Reichstages noch möglich sein sollte, den berechtigten Wünschen der ausgebeuteten Helmarbeiterschaft im Gesetz Geltung zu verschaffen, ist bei der Zusammensetzung des Reichstages von 1907 ganz ausgeschlossen. Er wird also den Helmarbeitern, statt ihr Los zu erleichtern, noch kurz vor seinem Ableben eine Rute aufbinden, durch die er ihnen in dauernder Erinnerung bleiben wird. Möchten sie bei den Wahlen zu einem neuen Reichsparlament die notwendigen Lehren daraus ziehen.

Auch durch die Aufhebung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen, die der Reichstag vor seinem Ende noch vornehmen will, gedenkt er sich wahrhaftig in der Arbeiterschaft ebenfalls ein dauerndes »Denkmal« zu setzen. Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich die freien Hilfskassen, soweit sie als Ersatz für Zwangskassen in Betracht kommen, durch ihre Gestaltung als Ersatzkassen abgewürgt. Aus blindem Parteihaß gegen die Arbeiterklasse haben die bürgerlichen Parteien der segensreich wirkenden Selbsthilfe des Mittelstandes und der Arbeiter den Todesstoß versetzt. Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes, über den jetzt von der Reichstagskommission Bericht erstattet worden ist, soll das freie Vereinsrecht des Mittelstandes und der Arbeiter auch auf den Gebieten, die nach Beschränkung der freien Hilfskassen durch die Reichsversicherungsordnung übrig bleiben, nehmen und von der diskretionären Befugnis der Aufsichtsbehörden abhängig machen. Dadurch werden im wesentlichen Kassen für nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Personen sowie Zuschußkassen betroffen. Aber die Auslieferung der Kassen an das diskretionäre Ermessen der Behörden bedroht auch die Gewerkschaften. Ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder, dies zu verhindern, wurde abgelehnt. Freilich erreichten sie, daß die Regierung Erklärungen abgab, daß die Rechtsschutzrichtungen der Gewerkschaften nicht als Gegenstand der Versicherung betrachtet werden und daß Arbeitslosenunterstützungen, Krankenhilfe u. dgl. dem Versicherungsaufsichtsgesetz nicht unterstehen, wenn nach dem Gesamtcharakter des Unternehmens der Ausschluß des Rechtsanspruchs dem ernstlichen Willen der Beteiligten entspreche. »Den Einrichtungen der Gewerkschaften und ähnlicher Vereinigungen, die in der Tat nur wahren Unterstützungen, nicht aber Versicherungszwecken dienen, seien unter der Herrschaft des Aufsichtsgesetzes keinerlei Schwierigkeiten erwachsen.« Es sind auch verständige Entscheidungen des Aufsichtsamts und mehrerer Gerichtsbehörden angezogen. Aber denen stehen doch andere, wenn auch zu unrecht ergangene Entscheidungen, insbesondere von Polizeibehörden, die in vielen Fällen an Stelle des Aufsichtsamts treten, gegenüber. Der Gesetzentwurf betreffend Aufhebung des Hilfskassengesetzes ist also eine durch nichts gerechtfertigte Beschränkung der freien Selbsthilfe durch bürokratische Willkür und eine Bedrohung der Gewerkschaften. Auch hierauf werden die Arbeiter am 12. Januar eine nicht mißzuverstehende Antwort zu geben haben.

Dem Bundesrat ist eine Vorlage zur Einziehung der Quittungskarten für die Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung zugegangen, die mit dem Inkrafttreten der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in Zusammenhang steht. Eine wichtige Änderung, welche die Ausgabe neuer Karten notwendig macht, ist die Schaffung einer Kolonne zur Aufrechnung für die freiwillige Zusatzversicherung.

Eine Invalidenversicherungsanstalt hatte sich im Hinblick auf die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1912 an das Reichsversicherungsamt mit der Anfrage gewandt, wie hoch gemäß der Reichsversicherungsordnung die Mehrausgabe durch die Hinterbliebenenrenten für das Jahr 1912 zu veranschlagen seien. Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt soeben dahin beantwortet, daß es zu genauen Angaben zur Zeit an genügenden Unterlagen fehlt. Im Hinblick auf die Vorschrift des Artikels 69 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung sei anzunehmen, daß die Ausgaben außerordentlich niedrig sein werden. (Sollen doch für die Steigerungssätze nur die Beiträge angerechnet werden, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind). Daher werden Steigerungssätze fast noch nicht in Betracht kommen. Der für das 1. Jahr nach Einführung der Hinterbliebenenversicherung zu zahlende Re.chszuschuß sei von der Rechnungsstelle auf rund 3,5 Proz. des Re.chszuschusses an Invaliden- und Altersrenten geschätzt worden. Diesen Prozentsatz dürften die auf die Versicherungsträger entfallenden Ausgaben für Hinterbliebenenrenten nicht übersteigen.

Hieran ist die ganze jämmerlichkeit der »Hinterbliebenenversicherung« zu erkennen. Im Jahre 1910 wurden insgesamt 164 Millionen Mark für Invaliden- und Altersrenten aufgewendet. Es würde demnach (3,5 Proz. hiervon) die Hinterbliebenenfürsorge etwa 5,7 Millionen Mark nur kosten! Davon entfallen

auf das Reich, das 52 Millionen Mark an Re.chszuschuß aufgewendet hatte, 1,8 Mill. Mk. und auf Versicherungsanstalten, die 114 Mill. Mk. aufgebracht hatten, 3,9 Mill. Mk. Hierbei bedenke man folgendes: Die Erstattung der Beiträge in Heirats- und Todesfällen verursachte 1910 9 1/2 Mill. Mk. Aufwendungen. Die Erstattungen fallen nunmehr bekanntlich gänzlich fort. Es ersparen daher, ziehen wir die 3,9 Mill. Mk. für Hinterbliebenenrente ab, die Versicherungsanstalten annähernd 6 Mill. Mk. pro Jahr! Da bekanntlich die Versicherungsbeiträge vom 1. Januar 1912 an erheblich erhöht werden, wodurch eine hohe Mehreinnahme entsteht, machen die Versicherungsanstalten durch die Angliederung der Hinterbliebenenfürsorge zunächst ein glänzendes Geschäft: Vielleicht auch für später!

Die gewerkschaftliche »Volksfürsorge«, wie sie nach Beratung und Beschlußfassung auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongress in Dresden eingeführt werden soll, hat inzwischen auch die »Versicherungszeitungen« auf die Beine gebracht. Im allgemeinen wissen diese im Dienste der privaten Versicherungsgesellschaften stehenden Blätter im Kampfe gegen die geplante Erweiterung des gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebiets nicht anderes zu tun, als den bekannten roten Wauwan an die Wand zu malen und die Regierungsbehörden dagegen scharf zu machen. Das dürfte aber nach den neuesten Berichten von zuständiger Stelle alles nichts helfen. Denn wie die »Konsumgenossenschaftliche Rundschau« mitteilt, wird nunmehr aller Voraussicht nach eine Form gewählt werden, durch die die »Volksfürsorge« dem Aufsichtsamt für die Privatversicherung unterstellt wird. Wie bekannt, war mit dieser Möglichkeit schon von vornherein gerechnet worden. Die Form der freien Vereinigung war auch nicht etwa dazu gewählt worden, weil man sich der Aufsicht des Versicherungsamts entziehen wollte, sondern aus anderen Gründen praktischer Art. Das Statut der »Volksfürsorge« ist so beschaffen, daß sie die Aufsicht des Versicherungsamts durchaus nicht zu scheuen braucht. Gegen eine vom Aufsichtsamt für die Privatbeamtenversicherung ständig kontrollierte Versicherungsanstalt wird man aber nicht gut den Vorwurf erheben können, sie werde für sozialdemokratische Parteizwecke dienstbar gemacht. Die Herren, die in der Versicherungsprese diese Gedanken so ausgiebig behandelt haben, werden sich nunmehr nach neuen Argumenten umtun müssen.

## Der „Umsturz“ des Staates.

Die Wogen des Wahlkampfes gehen höher und höher. Der schlichte Mann aus dem Volke, für gewöhnlich so verachtet, steht sich plötzlich von einer Welt von Freunden umgeben, die immer wieder ihr warmes Empfinden für die Interessen des Volkes beteuern und sich gar nicht genug tun können in Beteuerungen ihrer Volksfreundlichkeit und Vaterlandsliebe. Und alle diese »Volksfreundschaften« weichen endlich über die Sozialdemokratie, die Vaterlandsliebe, die den Umsturz alles Bestehenden auf ihre Fahne geschrieben hat und durch demagogisches Blendwerk eines unmöglichen Zukunftsstaates die Massen bedört.

In allen Tonarten wird dieses alte Lied gesungen, alle Register der persönlichsten Verdächtigungen und Verleumdungen werden gezogen, um gruslich zu machen vor dieser Partei, die die Interessen des Proletariats vertritt. Da gilt es, unser geistiges Rüstzeug zu stärken, uns so gut wie irgend möglich mit dem Programm dieser Partei vertraut zu machen. Noch ist die Zahl der politisch indifferenten Arbeiter groß. Wohl ist die Arbeiterbewegung, politisch wie gewerkschaftlich und genossenschaftlich eine respektable Macht geworden, Millionen von Arbeitern aber stehen uns noch fern. Die gilt es für uns zu gewinnen, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Eins ist richtig. Mit den Forderungen an die heutige kapitalistische Gesellschaft ist das Programm der sozialdemokratischen Partei noch lange nicht erschöpft. Die Abkehr vom Schutzzollsystem, durch welches das deutsche Volk so ungeheuer belastet wird, durchgreifende Steuer- und Militärreformen, ein demokratisches Wahlrecht, eine parlamentarische Regierung würde zweifellos Vieles bessern und Großes bedeuten, aber eine Erlösung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei würde dadurch nicht ermöglicht werden und mit vollem Rechte strebt deshalb die Sozialdemokratie die Revolutionierung der Gesellschaft an. Selbstverständlich will sie diese nicht durch plötzliche Putsche herbeiführen, wie die Öegner immer behaupten.

Die Umänderung der Gesellschaft erfolgt lediglich durch den politischen Klassenkampf. Die Gewerkschaften, die durch ihre Kämpfe dem Unternehmertum ein Stück Mehrwert nach dem andern abringen und der Arbeiterklasse zu immer größerer Reife und zu immer stärkerem Einfluß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verhelfen, sind ein wesentliches Mittel zur Ueberwindung des Lohnsystems und der Erreichung einer genossenschaftlichen Verwaltung aller Produktionsmittel und Abschaffung aller Vorrechte und Privilegien der besitzenden Klasse, wie es die Sozialdemokratie erstrebt.



Diese Ziele geben den bürgerlichen Gegnern Anlaß zu den schädlichsten Angriffen und Verleumdungen. Die merkwürdigsten Widerlegungsversuche bekommen wir zu hören und es ist ganz interessant, diese Welshelten unserer Gegner ein wenig unter die Lupe zu nehmen.

Sozialismus sei eine schöne Sache, so behaupten die Neummalkungen. Es wäre gut, wenn die Menschen keine Not mehr leiden müßten, aber dieser Zustand sei ein unerreichbarer, die Menschen seien eben keine Engel. Ein anderes Mal wieder stellen dieselben Leute den »Zukunftsstaat« als schrecklichsten der Schrecken hin. Der »Zukunftsstaat« werde bringen die Diktatur des Proletariats; er werde ein Zuchtstaats sein, in dem der Staat und Beamte befehlen und die Menschen gezwungen werden, Arbeiten zu verrichten, die ihnen nicht zuzugewandt sind.

Wir wissen längst, daß die sozialistische Gesellschaft uns nicht eines schönen Tages fix und fertig als reife Frucht in den Schoß fallen wird, sie wird sein ein Produkt der Entwicklung. Wir lehnen die Auffassung der utopischen Sozialisten ab, die einfach die Idee eines Zukunftsstaates entwarfen und vom Gerechtigkeitsmännchen der Besitzenden dessen Einführung erhofften. Die Meister des Sozialismus: Karl Marx, Engels und andere lehren uns, wie die reale Entwicklung der Gesellschaft die Vorbedingungen schafft, aus denen mit Notwendigkeit der Sozialismus hervorgehen muß. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals, die Verstrickung zahlreicher und zwar der wichtigsten Gesellschaften und vor allem das Verschwinden des Mittelstandes sind solche Vorbedingungen.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist noch sehr jung. Noch bis um 1850 war in Deutschland eine andere Wirtschaftsweise vorhanden. Es herrschte vorwiegend die Landwirtschaft mit Eigerproduktion. Als Klassengegensatz trat in Erscheinung der Gegensatz zwischen dem Gutsbesitzer und der bäuerlichen Bevölkerung. Lohnarbeiter im anderen Sinne gab es so gut wie garnicht. Die gewerbliche Tätigkeit wurde vom Handwerksbetriebe und der Handel im Kleinhandelsbetriebe ausgeübt. Die Handwerksgehilfen hatten Anwartschaft darauf, Meister zu werden, zwischen Meister und Gesellen bestand gewissermaßen eine Familiengemeinschaft. Alles das hat sich gewaltig geändert. Die in den Jahren 1870 bis 1880 noch vorherrschenden Klassen sind aus dem Vordergrund gedrängt worden. Die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse sind auf der Bildfläche erschienen. In den gewaltigen Fortschritten der Technik, dem siegreichen Vordringen der Maschine im Arbeitsprozeß haben wir eine der Hauptursachen dieser Erscheinung zu suchen. Ueberall hat der Großbetrieb eingegriffen und an die Stelle von Meister und Gesellen ist der Unternehmer und der Lohnarbeiter getreten, der keine Möglichkeit mehr hat, einmal selbständig zu werden. Die Statistiken beweisen uns das glänzend, ist doch die Zahl der kleinsten Betriebe, die ohne Maschinen arbeiten, von 1.237.000 im Jahre 1895 auf 994.000 im Jahre 1907 zurückgegangen, obwohl sich in diesem Zeitraume die Bevölkerung Deutschlands um nahezu 10 Millionen Menschen vermehrt hat. Alle übrigen Betriebe haben eine Zunahme erfahren. Das Schwergewicht in Produktionsprozessen liegt heute in den mittleren und vor allen in den Großbetrieben. Noch 1882 waren 55 Proz. aller Betriebe Kleinbetriebe, 1907 nur noch 30 Proz. Dabei rangieren unter die Kleinbetriebe eine große Anzahl Scheinexistenzen, Schnelder, Hutmacher und andere, die in Wirklichkeit nur Zwischenmeister oder Verkäufer sind und oft ein elendes Dasein führen.

Eine große Anzahl Kleinexistenzen entsteht auch tagtäglich noch im Handel durch die in zurückgebliebenen Gegenden noch heute andauernde Umwandlung des bäuerlichen Betriebes aus der Naturalwirtschaft in die Austauschwirtschaft. Auch in den Vororten der Großstädte müssen eine große Anzahl kleiner Geschäfte entstehen, solange sich die Arbeiter noch keine Konsumvereine geschaffen haben. Das Gebiet des Kleinhandels ist überfüllt; in vielen Tausenden von Fällen ist der kleine Kramladen die letzte Zuflucht schiffbrüchiger Existenzen, die gegenwärtig ihre schlimmsten Konkurrenten sind und oft ein elendes trauriges Leben führen müssen.

Trotz dieser immer wieder neu entstehenden Kleinhandelsexistenzen schreiten auch hier die mittleren und großen Betriebe gewaltig vorwärts. Aus 270.000 Handelsbetrieben, die 1882 fünf bis fünfzig Leute beschäftigten, sind 1907 deren 900.000 geworden und die Zahl der großen Handelsbetriebe hat sich in diesen fünfzehn Jahren verdreifacht. 400.000 Großbetriebe im Handelsgewerbe Deutschlands konnte das Jahr 1907 aufweisen. Selbst der Leiter des reichsstatistischen Amtes Herr van der Borgh erklärte: »Der Bruchteil kaufmännischer Angestellter, die nicht selbständig werden können hat sich bedeutend vergrößert, die Zahl der Großbetriebe verdreifacht, während sich die Zahl der in den Großbetrieben beschäftigten Personen sogar verzehnfacht hat.«

### Zur Lebensmittelerhöhung.

In der Extraausgabe des Schutzverbandsorgans Nr. 21 a ist unter anderem ein Brief veröffentlicht mit der Unterschrift: »Mehrere Arbeitgeber, die dem Schutzverband nicht angehören.« In diesem wird gesagt, daß eine Verteuerung einiger Lebens-

mittel zuzugoben ist; dies sei aber nur vorübergehend. Wir wollen nun an Hand der nachfolgenden Statistik den Nachweis führen, daß von einer vorübergehenden Teuerung nicht die Rede sein kann, daß vielmehr die Teuerung hauptsächlich ein Ergebnis der Zollpolitik des Deutschen Reiches und vorwiegend der letzten Reichsfinanzreform ist.

Die folgenden Zahlen entstammen einer Zusammenstellung, die von einem der größten Konsumvereine Deutschlands, der Hamburger »Produktion«, vorgenommen wurde.

#### Detailpreise

einer Anzahl im Haushalte unentbehrlicher Artikel.

Artikel	Oktober 1904 Pt.	April 1910 Pt.	Oktober 1910 Pt.	April 1910 Pt.	15. Okt. 1911 Pt.
Schwarzbrot pr. Pfd.	9	10	10	10	10
Kaisersaugmehl ..	16	20	18	18	18
Roggenfeinmehl ..	11	14	12	12	15
Reismehl ..	13	15	15	15	16
Graupen ..	12	14	14	14	16
Buchweizengrütze ..	16	20	18	18	18
Hartw. Gries ..	18	22	22	24	24
Sago weiss ..	22	26	28	32	36
Patna Reis ..	20	22	22	22	22
Erbsen, grüne ..	15	22	18	22	22
Schmalzbohnen ..	20	20	18	22	22
Linsen I. Grosse ..	24	16	16	16	24
Gerstenschrot ..	7	8,5	7,5	8	9
Kaffee 3 gebr. ..	94	112	110	136	144
Melis gem. ..	22	24	26	22	32
Eierkartoffeln ..	40	5,2	4,5	5,2	5,2
Rümpfel ..	60	60	60	60	70
Rosinen ..	32	50	56	68	70
Korinthn ..	24	30	36	36	36
Pflaumen ..	32	36	48	50	60
Sauerkirschen ..	40	44	50	50	60
Bio-beeren ..	54	80	100	120	132
Schnittboh. 2Pfl.-Dos.	31	30	30	30	40
Sauerkohl Pfd. ..	5	6	7,5	15	15
Heringe, Stück ..	5	7	7	7	7
Butter ..	130	140	140	136	176
Tilsiter Käse ..	72	80	84	80	80
Bier, halb. Liter ..	12	14	14	14	14
Streichhölzer Paket	9	27	27	27	27
1 Zigarre ..	5	6	6	6	6
Summa in Mark	8,17	9,80	10,28	10,85	12,30

Für diese 30 Artikel wurden im Jahre 1904 also die Summe von 8,17 Mark bezahlt, während für dasselbe Quantum Waren im Oktober 1911 12,30 Mark bezahlt werden mußten. Es ist also in dem Zeitraum von 7 Jahren eine Verteuerung dieser notwendigen Lebensmittel um 50,55 Prozent eingetreten! Wir sehen aus der Zusammenstellung aber auch, daß die Teuerung nicht vorübergehend ist, sondern daß bei Beachtung des Gesamtpreises eine fortgesetzte Teuerung beobachtet werden kann.

In derselben Weise wie die Detailpreise sind auch die Großhandelspreise gestiegen, was sich aus nachstehender Aufstellung ergibt:

Nach den Vierteljahreszahlen zur Statistik des Deutschen Reichs haben sich die **Großhandelspreise** für eine Reihe wichtiger Waren in den Jahren 1901 bis 1910 wie folgt erhöht:

Roggen pro 1000 kg. in Berlin v. 140,70 auf 152,30 Mk.
Weizen „ 1000 „ in Berlin v. 103,60 auf 211,50 „
Mais „ 1000 „ in Breslau v. 121,80 auf 154,50 „
Gerste „ 1000 „ in Breslau v. 132,70 auf 144,40 „
Hopfen pro Doppelztr. in Nürnberg v. 148,80 auf 275,80 Mk.
Kartoffeln pro „ in Magdeburg v. 21,40 auf 26,00 „
Rindvieh pro Dtzr. Schlachtgew. in Berlin v. 117,30 auf 145,00 Mk.
Schweine „ „ „ „ „ 112,00 auf 128,00 „
Hammel „ „ „ „ „ 112,90 auf 145,10 „
Butter „ „ „ „ München 203,40 auf 251,50 „
Rohzucker „ „ „ „ Köln v. 20,70 auf 26,80 „
Kartoffelspiritus pro 100 Ltr roh in Hamburg v. 19,10 auf 25,30 „
Kaffee pro Doppelzentner in Hamburg v. 73,60 auf 100,00 „
Reis „ „ in Bremen v. 17,10 auf 18,90 „
Schmalz „ „ v. 88,50 auf 128,10 „

#### Preisnotierungen an der Hamburger Börse.

	2. Juni 1911.	5. Septbr. 1911.
Roggen	23,95 Mk.	28,75 Mk.
Weizen	28,75	31,00
Zucker	38,50	56,00
Kandis	51,00	62,00
Schmalz	48,00	56,25
Heringe	28,00	44,00
Linolen	17,50	37,00
Gries	25,75	29,00
Pflaumen	93,00	131,00
Kartoffelmehl	21,00	51,00
Sauerkraut	16,00	70,00

#### Belastung durch die Zollpolitik:

Eine Tonne Weizen kostete am 9. September 1911
in Berlin 211,50 Mk.
„ New-York 153,80 „
„ Chicago 143,00 „
„ Liverpool 166,20 „
„ Paris 206,40 „
„ Budapest 202,40 „
„ Odessa 163,40 „

#### Zahlen des Deutschen Landwirtschaftsrates:

Mitte Septbr. kostete Weizen in Berlin 207,69 Mk.
in London 154,53 „

#### Der Ertrag der Getreidezölle belief sich:

1907 auf 223 Millionen Mark
1908 auf 198 „
1909 auf 217 „

Die Zahlen reden doch wirklich eine deutliche Sprache. Wie man angesichts solcher Tatsachen, auf Unternehmenseite von einer vorübergehenden Teuerung einiger Lebensmittel reden kann, ist einfach unverständlich. Umsomehr ist es aber Sache der Gewerkschaften, die Erzielung wesentlich höherer Löhne für die Arbeiterschaft mit allen Kräften zu betreiben.

Für die Arbeiterschaft ist es aber unter solchen Umständen mehr wie bisher notwendig, daß sie ihre Waren dort kaufen, wo ihnen Garantie für einwandfreie Ware, volles Gewicht und realen Preis

geboten ist. Daß die von der Arbeiterschaft gegründeten Konsumvereine diesem am ehesten Rechnung tragen, dürfte bekannt sein.

Um nun einmal eine Uebersicht über Güte, Preis und Gewicht der Waren zu haben, hat der erwähnte Konsumverein eine Warenausstellung veranstaltet; weniger um damit nach außen zu wirken, als zur eigenen Orientierung. Es wurden von elf als leistungs-fähig und billig bekannten Firmen 61 verschiedene Artikel eingekauft. Alle besonderen Artikel, wie Delikatessen, Kaffee und Futtermittel wurden von Spezialfirmen bezogen. Um ein in jeder Hinsicht objektives Bild zu bekommen, nahm eine Kommission des Mitglieidersausschusses die Einkäufe vor. Die Gegenproben des Konsumvereins wurden nicht dem Hauptlager entnommen, sondern in unauffälliger Weise in mehreren Verkaufsstellen durch den Mitglieidersausschuß eingekauft.

Ein Richterkollegium, bestehend aus zwei erfahrenen Ausschußmitgliedern, zwei kaufmännisch gebildeten Lagerhaltern und einem außerhalb der Genossenschaft stehenden unparteiischen Kaufmann hatte nun eine Prüfung der Waren vorzunehmen, deren Resultat in nachstehendem wiedergegeben wird:

Liste 1 Konsumverein ergab f. 61 Artik. eine Kaufsumme v. 27,67 Mk.

„ 2 „ „ „ „ 127 „ „ 2,08 „
„ 3 „ „ „ „ 109 „ „ 1,80 „
„ 4 „ „ „ „ 175 „ „ 2,87 „
„ 5 „ „ „ „ 207 „ „ 3,40 „

Der Konsumverein war in 127 Fällen billiger, in 57 Fällen gleich teuer, in 41 Fällen teurer, wie die anderen Geschäfte; die Waren des Konsumvereins waren in der Qualität in 129 Fällen besser, in 59 Fällen gleich, in 33 Fällen geringer wie die der anderen Geschäfte.

Der Kons.-Ver. hatte auf alle 61 Art. 51 gr. Mindergew. pr. Art. 0,83 gr. Liste 2

Zieht man in Berücksichtigung, daß bei einem Teil der Waren wie Dürrobst, Fettwaren und Käse mit Gewichtsverlust durch Eintrocknen zu rechnen ist, so dürfen wir mit Berechtigung sagen, daß die Mitglieder des Konsumvereins ihre Waren im eigenem Geschäft nicht nur billiger und in besserer Qualität, sondern auch realer im Gewicht erhalten, als bei den zur Warenvergleichung herangezogenen Firmen.

Obwohl das Resultat für den Konsumverein als gutes zu betrachten ist, wird es doch seine Aufgabe sein, in bezug auf die Waren, die heute noch teils teurer, teils geringer sind wie in Privatgeschäften, eine Besserung herbeizuführen, damit die Bestrebungen der Konsumvereine, den Mitgliedern in jeder Beziehung einen vorteilhaften Einkauf zu sichern, auch in jeder Hinsicht erfüllt werden. U.

## Allgemeines.

Teil für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Glossen zur Bewegung.

V.

In einem Artikel mit der Ueberschrift »Der Einsatz und das Risiko der Lithographenstreiker« rechnet die »Neue deutsche Papierzeitung« mit dem Nebentitel »Die Postkarte« auf Heller und Pfennig aus, was die »diesfallsigen (!) Unternehmern« — worunter das Blatt die kämpfende Oehlfenschaft verstanden wissen will — bei ihrem Kampfe einsetzen und riskieren. Der gute »diesfallsige« Jährig, wie besorgt er doch auf einmal um das Budget der Gehilfen ist! Er mag sich aber beruhigen: Die kämpfende Oehlfenschaft besteht nicht aus unreifen Burschen, die ohne Ueberlegung in den Ausstand gerannt sind, sondern aus im Lebenskampfe gehärteten Charakteren, die nach sorgfältiger Erwägung aller Eventualitäten den unvermeidlichen Kampf mit allen seinen Opfern aufgenommen haben. Er kann es sich also schenken, reifen Männern »gute Ratschläge« zu erteilen; sie wissen selbst, was sie zu tun und zu lassen haben, und brauchen die Schulmeisterien des braven »diesfallsigen« Jährig nicht.

Er täte besser, wenn er sich mit seinen Berechnungen und Ratschlägen an seine Klassen-genossen wenden wollte, denen der Schutzverband durch sein Organ und mit allen möglichen sonstigen Mitteln die Köpfe verleiht hat, wobei ihm die Jährigsche »Postkarte« getreulich sekundierte. Vielleicht rechnet er diesen Leuten einmal vor, daß sie viel klüger gewesen wären, wenn sie die bescheidenen Oehlfenforforderungen, deren Berechtigung und Erfüllbarkeit er ja selbst unumwunden zugegeben hat, bewilligt hätten, statt sich durch den Schutz-

verband zur schweren Gefährdung ihrer Betriebe verleiten zu lassen. Diese Berechnung wird dem guten »diesfallsigen« Jährig auch wesentlich leichter fallen wie seine Rechenkunststückchen über den Einsatz und das Risiko der Gehilfenschaft, um die er sich sein armes Köpfchen wirklich nicht zu zerbrechen brauchte.

Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes geht uns folgende *Berichtigung* zu:

»In Nr. 52 Ihres Organs behaupten Sie auf Seite 406, am 2. November habe eine Hamburger Unternherversammlung einen geharnischten Protest gegen die Taktik der Schutzverbandsleitung, den Kampf noch länger hinauszuziehen, beschlossen.

Es ist nicht richtig, daß am 2. November eine Versammlung Hamburger Unternehmer stattgefunden hat.

Richtig ist vielmehr, daß die Hamburger Mitglieder des Schutzverbandes Deutscher Stein-druckereibesitzer mit der von dem Schutzverband eingeschlagenen Taktik voll und ganz einverstanden sind.

Th. Krüger, 1. Vorsitzender.

Da uns diese Berichtigung kurz vor Redaktionsschluß zugeht, vermochten wir durch Rückfrage bei unserm Gewährsmann leider nicht mehr nachzuprüfen, inwieweit sie richtig ist. Wir müssen es uns vorbehalten, eventuell später auf die Sache zurückzukommen. Für heute sei nur bemerkt, daß sich der Einsender seine Drohung mit dem Preßgesetz ruhig hätte ersparen können, da wir bisher noch immer Mitteilungen, die uns nachträglich als unrichtig oder irrtümlich nachgewiesen wurden, aus freien Stücken berichtigt haben. Anders verfährt das Organ des Einsenders obiger Berichtigung, das *Deutsche Stein-druckergewerbe*, das die hahnbüchsten Schwindel eher wiederholt als richtigstellt, auch wenn sie ihm als bewußte Unwahrheiten nachgewiesen wurden. Jede zweite Nummer dieses Blattes müßte ganz für Berichtigungen reserviert werden, wenn sich jemand der Mühe unterziehen wollte, unter Berufung auf das Preßgesetz alle in der vorherigen Nummer enthaltenen Schwindel regelmäßig auf das rechte Maß zurückzuführen.

In der »Deutschen Arbeitgeberzeitung«, die dem Schutzverbandschleifstein fleißig bei der Scharfmacherei gegen die kämpfende Gehilfenschaft behilflich ist, wird wieder einmal betont: »Die Prinzipale des Stein-druckergewerbes halten nach wie vor an der 53stündigen wöchentlichen Arbeitszeit fest, zumal diese auch durch die *Revision des Buchdrucker-Tarifs für das Buchdrucker-gewerbe bewilligt worden ist und sehr viele gemischte Betriebe mit Buch- und Stein-druck in Betracht kommen.*«

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum die Argumente, die es jetzt gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 53 Stunden geltend macht, völlig unberücksichtigt ließ, als die Stein-drucker noch 54, die Buchdrucker aber 53 1/2 Stunden arbeiteten. Wir erinnern daran, bemerken aber außerdem, daß ungefähr ein Drittel der Buchdrucker nicht 53, sondern nur 52 Stunden wöchentlich arbeitet, da durch den neuen Tarif bei durchgehender (sogennanter englischer) Arbeitszeit die wöchentliche Arbeitsstundenzahl auf 52 festgesetzt wurde! Daß sich die Unternehmer auch in dieser Beziehung an die Buchdrucker anlehnen wollen, haben sie bisher noch nicht merken lassen. Schaltet vielleicht auch in dieser Beziehung wieder das zitierte Argument des Unternehmertums ganz plötzlich aus?

Der »Deutsche Buch- und Stein-drucker« schreibt in seinem Novemberheft über die Bewegung im Stein-druckergewerbe u. a.:

»Enorme Schäden werden wieder beiderseits zu tragen sein, und das schöne Gewerbe der Senefelderschen freien Kunst liegt schwer darnieder. Sollte da nicht das Beispiel, das die Buchdrucker mit ihrer Tarifgemeinschaft gegeben haben, endlich Nachahmung finden? Oder fahren die Beteiligten, fährt das Stein-druckergewerbe mit der gegenseitigen Bekämpfung besser? Das möchten wir doch bezweifeln, obwohl man aus den Geschehnissen von 1906 leider nicht viel gelernt zu haben scheint.«

Diese Zeilen mögen sich die wütenden Tarif-feinde im schutzverbändlerischen Stein-druck-Unternehmertum genau so hinter die Ohren schreiben, wie die denselben Gedanken ausdrückenden Ausführungen der »Freien Künste«, die wir in Nr. 46 der »Gr. Pr.« zitierten.

Die Unternehmer, die die Gehilfenforderungen als unerfüllbar bezeichnen, obwohl sie durch ihre Zuwendungen an die Streikbrecher die Durchführbarkeit selbst klipp und klar bewiesen haben, suchen sich schon jetzt für die Zugeständnisse, die sie der Gehilfenschaft werden machen müssen, schadlos zu halten. So schreibt die Firma Wenderoth A. G. in Cassel an ihre Kundschaft:

Wir hatten es im Interesse unserer Abnehmer bisher vermieden, unsere Listennotierungen entsprechend zu erhöhen, da aber bereits durch den neuen Abschluß des Buchdrucker-Tarifs eine neue 10%ige Lohnerhöhung neben weiterer Verkürzung der Arbeitszeit vorgesehen ist, und nach Beilegung der im Stein-druckergewerbe ausgebrochenen augenblicklichen Lohnunterschieden auch auf diesem Gebiete wiederum mit Zugeständnissen zu rechnen sein wird, so werden wir uns, ebenso wie unsere namhafte Konkurrenz, in die Notwendigkeit versetzt sehen, angesichts dieser Sachlage eine Erhöhung unserer Verkaufspreise eintreten zu lassen.

Die Arbeiter der Firma haben den Aktionären im letzten Geschäftsjahre 5 Proz., im vorletzten sogar 6 Proz. Dividende erarbeitet. Dieser Profit ist heilig! Er muß unangetastet bleiben! Um die armen Kuponschneider nicht unter der »maßlosen Begehrlichkeit« der bösen Arbeiter leiden zu lassen, versucht man es daher, die durch diese Begehrlichkeit abgerungenen Zugeständnisse auf die — Abnehmer abzuwälzen! Vielleicht springt dabei noch auf Kosten der letzteren ein nettes Extraprofitchen für die notleidenden Kuponschneider heraus.

## Werdet Kämpfer!

»Nützet die Zeit!« Dieser Artikel des Kollegen R. S., B. in Nr. 44 der »Graph. Presse«, sprach mir vollständig aus dem Herzen. Er wird von jedem begrüßt worden sein, der mit Schaudern beobachtet hat, wie rückständig viele Kollegen noch in den verschiedensten Richtungen sind. Am fühlbarsten macht sich diese Rückständigkeit für uns in gewerkschaftlicher Beziehung. Fremd stehen viele Kollegen den wichtigsten Berufsangelegenheiten gegenüber. Ihr enger sozialer Gesichtswinkel, ihr Egoismus, ihre Unkenntnis der Zusammenhänge im wirtschaftlichen und politischen Leben läßt sie haltlos hin- und hertaumeln. Alles läßt darauf schließen, daß sie ihnen an der notwendigen Aufklärung fehlt, daß sie selbst die vielfachen Aufklärungsmöglichkeiten ungenutzt lassen; sonst müßte man wirklich mehr von ihnen erwarten. Daher ist der Aufruf immer von neuem zu wiederholen: Nützet die Zeit! Bildet euren Geist!

Kollegen, die den Trieb und den Drang nach der Erweiterung ihrer Kenntnisse in sich fühlen, befolgen diese Parole. Aber wie viele sind das? Es sind immer dieselben, die in der Erkenntnis ihrer Lage die vordersten Reihen in unserer Bewegung bilden. Und die vielen andern? An diese gilt's heranzukommen! Viel ist schon getan worden. Leider bleiben die Ergebnisse der geleisteten Arbeit aber immer noch weit hinter der angewendeten Mühe zurück. Im Aufenthaltsraum unserer arbeitslosen Kollegen in Berlin konnte ich fast jeden Tag beobachten, wie manche jünger Senefelders immer einen Skat nach dem andern dreschen, von der Eröffnung bis zum Schluß. In andern Mitgliedschaften wird es jedenfalls nicht besser sein. Eine nette Unterhaltung! Ich frage: könnte diese Zeit nicht besser und nutzbringender verwendet werden? Wäre es nicht klüger, sich in der Zeit der Arbeitslosigkeit mit dem Studium guter Bücher zu beschäftigen, um die Bildungslücken auszufüllen, um zu ergründen, auf welche Ursachen und Zusammenhänge das Uebel der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, um die Fragen zu studieren, wie die bestehenden unhaltbaren Zustände geändert werden können?

Wie oft hört man die Kollegen über diese Zustände klagen, die sich viele gar nicht zu erklären vermögen. Gerade dort, wo die Arbeitslosen täglich zusammenkommen, müßte Aufklärung verbreitet werden auf allen Gebieten. An den nötigen Kräften wird es nach meiner Überzeugung in den größeren Mitgliedschaften kaum fehlen. Wie oft habe ich manchen Kollegen, die die Buden abklapperten, Vorbildungen gemacht. Immer und immer erhielt ich Antworten, die ein mangelhaftes gewerkschaftliches Wissen verrieten. Mit aller Kraft muß e hier eingesetzt werden. In den Mitgliederversammlungen und Vortragsabenden steht man immer dieselben

Gesichter. Daß durch diese Veranstaltungen verbreitete Wissen bleibt also immer auf einen bestimmten Kreis beschränkt. Die große Masse der Kollegen verharret weiter in ihrem Schlendrian. Zu seiner Bekämpfung könnten die angeregten Bildungsveranstaltungen bei den täglichen Zusammenkünften der Arbeitslosen, deren Zahl speziell in Berlin ja oft in die Hunderte geht, ein wirksames Mittel sein.

Von dem verwerflichen und schädigenden Schlendrian erhält man in den Werkstuben den klarsten Begriff. Die Indifferenz und Interessenlosigkeit, gegenüber den wichtigsten Berufsfragen, die man da beobachten kann, ist direkt beschämend. Unser Organ, die »Graph. Pr.«, die darüber Aufklärung verbreitet und die anregend und bildend in jeder Beziehung wirkt, wird von vielen Kollegen nur oberflächlich oder gar nicht gelesen und achillos beseitigt gelegt. Würde sie mehr gelesen, dann würde es auch anders werden. Die beschämenden Redensarten von den hohen Verbandsbeiträgen, von den »hohen Gehältern« unserer Angestellten usw. würden dann bald von selbst verstummen. Dieser Standpunkt kann nur solange vertreten werden, wie man sich nicht direkt am Verbandsleben beteiligt. Tritt in dieser Richtung eine Aenderung ein, dann wird auch dieser kurzzeitige, engherzige und gegenüber der wachsenden Erkenntnis unhaltbare Standpunkt über Bord geworfen.

Die Erfahrung lehrt, daß er hauptsächlich nur von den Versammlungsschwänzern geäußert wird. Sie leiten damit nur Wasser auf die Mühlen der Gegner der Arbeiterbewegung und schädigen dadurch ihre Klasse und sich selbst, deren Gilt sie doch sind. Jeder Kollege sollte sich bemühen, ein Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ein Streiter im proletarischen Befreiungskampfe zu werden! Dazu gehört in erster Linie, daß er sich durch das Lesen unseres Organs und durch den Besuch der Versammlungen über alles informiert, was im Beruf vorgeht, daß er am Berufs- und Verbandsleben eifriger und tätiger Anteil nimmt, daß er alle Gelegenheiten zur Selbstbildung benutzt. Mit Versammlungsschwänzern läßt sich nichts erkämpfen. Wir alle müssen aufgeklärte Gewerkschafter werden, wenn wir vorwärts wollen.

Auch in kleineren Städten und Mitgliedschaften kann man oft sein blaues Wunder erleben. In der Provinzstadt unweit Berlin, in der ich jetzt arbeite, lassen die rückständigen Lohn-Akkordverdienste eine jahrelange Verbandstätigkeit der Lithographen- »Künstler« durchaus nicht erkennen. Als mehrfach Kritik in dieser Richtung geübt wurde, fand man sie zu scharf. Also zu scharf ist der Kollege, der andere ermahnt, ihrer Verbandspflicht nachzukommen! Alle Errungenschaften der Organisation, wie Achtstundentag der Lithographen, Feierabendbezahlung usw. usw. genießen diese Kollegen mit. Sie ernten die Früchte der Organisationsarbeit. Aber weiterbauen, von neuem säen, das fällt diesen Leuten nicht ein. Einwände, daß es anderswo auch nicht besser sei, sind die Entschuldigungen und Ausflüchte, die man überall zu hören bekommt, wenn man die Kollegen an ihre Pflicht ermahnt. Aber es muß anders werden, wenn wir weiter vorwärts kommen wollen. Darum auf, Kollegen, werdet Kämpfer! Erwerbt Euch die Früchte der Organisationsarbeit durch eigene Opfer, durch tatkräftiges Eintreten in den gewerkschaftlichen Kampf. Verfolgt zielklar und unerschrocken den Weg, den uns die Alten geöffnet haben!

Viel ist noch zu tun, sieht es doch in unserem Beruf noch sehr traurig aus. Das lehrt uns wieder drastisch die Statistik der Lithographen Berlins, deren Ergebnisse in Nr. 44 der »Graph. Presse« bekannt gegeben wurden. Die schlechten Berufsverhältnisse wurden noch drückender gestaltet durch die politischen Verhältnisse und Maßnahmen, die die Schläge der Hungerpeitsche auf den Magen verstärkten. Durch die Zollgesetzgebung, durch die Reichsfinanzreform usw. wurden uns unsere Lebensbedingungen weiter geschmälert und verschlechtert. Darum ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit der Aufklärung auch in politischer Beziehung, damit die Kollegenschaft mehr Verständnis für politische Angelegenheiten bekommt. Ein Blick auf den Prozentsatz der Politisch-Organisierten in unserem Beruf läßt erkennen, wie wenig Kollegen bisher Verständnis für diese Notwendigkeit gezeigt haben. Ein schlechtes Zeichen!

Ein weites Feld ist also noch zu beackern! Gerade in unseren Kollegenkreisen finden wir aber auch eine große Zahl von Intelligenzen, die es zu Nutz und Frommen der Arbeiterbewegung auszunutzen gilt; das muß unsere Lösung sein! Leider kann man häufig beobachten, daß viele Kollegen noch in bürgerlichen Klümbimvereinen ein würdiges Feld für ihre Betätigung erblicken. Daher muß das Klassenbewußtsein geschärft werden, damit diese Kräfte der Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden können. Dann werden wir auch schneller vorwärts kommen wie bisher. Da um, Kollegen: Nützet die Zeit! Leset unser Organ und die politische Arbeiterpresse! Hinein in die Versammlungen des Verandes und in die politischen Organisationen! Sielt Euch zur tatkräftigen Mitarbeit bereit! Werdet Kämpfer für unsere Sache!




## Ortsberichte.

## Aus den Streik- und Aussperrungsorten.

**Cassel.** Eine vom besten Geiste besetzte Versammlung tagte hier am 18. November. Kollege Lange berichtete unter stürmischem Beifall über den Stand der Bewegung. In der Diskussion wurden die Bemühungen der Firmen Grünbaum und Wenderoth, unsere Lehrlinge den Gelben zuzuführen und ihnen die Mitgliedschaft in unserer Jugendabteilung zu verbieten, ins rechte Licht gerückt. Es wurde festgestellt, daß in einer Elternzusammenkunft kein Vater gewillt war, seinen Sohn den »Gehilfenbeeinflussungen« zu entziehen! Dies war auch das einzig richtige, was die Väter machen konnten! In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Casseler Gehilfenschaft, auch weiterhin den Kampf in aller Ruhe und Geschlossenheit fortzuführen; sie wies die Beeinflussungen seitens der Unternehmertrabanten mit Abscheu zurück, wohl wissend, daß ein ehrlicher Charakter auch bei einem ansässigen Unternehmer auf Achtung rechnen kann.

**Wurzen.** Die hier in der Firma Zimmermann & Breiter im Streik stehende 26 Lithographen und Steindruckere, darunter 2 unorganisierte, stehen nach 7 Wochen immer noch geschlossen da. Die Stimmung ist gut. Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Alle Zersplitterungsversuche durch Zusendung des Schutzverbandsorgans an die Streikenden blieben erfolglos. Letztere sind entschlossen, festzustehen, bis der Sieg unser ist.


**Photogr. Mitarbeiter.**

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.

Zentralnachw.: Wilhelm Hänel, Berlin N. 28.  
Anklamerstr. 37, I. — Telefon-Amt III. 5246.

## Professor Emmerich's „Erfolge“.

Nach der Meinung des Herr Professor sind die organisierten Gehilfen »nicht mehr ganz den Ansprüchen der Neuzeit entsprechende Elemente! Er fordert die Gehilfen heraus, so daß die Notwendigkeit geboten schien, der Berliner Gehilfenschaft die Frage vorzulegen ob nur die Elemente, welche unter Emmerich'scher Führung die Münchener Lehranstalt verlassen, wirklich den Anforderungen der Neuzeit entsprechen. Das Thema: »Welche Stellung nehmen wir zu den Fachschulen ein und wie fördern wir die Berufsausbildung?« bot dem Kollegen Hänel in einer Versammlung der Berliner Photographengehilfen ausreichend Gelegenheit, über die Erfolge und die Nützlichkeit der Münchener und der Berliner Lehranstalten aufklärend zu wirken.

Wir haben, so führte der Referent aus, entgegen der Meinung des Herrn Emmerich stets die Fachschulbildung befürwortet und zu fördern gesucht, aber nicht negiert. Moderne Pädagogen und Praktiker empfehlen sie und möchten sogar der Meisterlehre die Ausbildung des Nachwuchses ganz entziehen und sie staatlichen Lehrwerkstätten übertragen. Früher standen in unseren Zusammenkünften Fachfragen im Vordergrund; ja sie wurden von Interessierten Kreisen genährt. Dagegen wurden viel näherliegende materielle Interessen der Gehilfen zurück gedrängt. Die Gehilfenschaft bewies schon damals ihr Berufsinteresse durch die Gründung der Berliner Fachschule, die anfangs zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Wenn der Erfolg in Frage gestellt wurde, so ist nicht die Gehilfenschaft, sondern nach Übernahme der Fachschule durch die Stadt, die Leitung der Schule die Ursache. Wie Herr Emmerich es sehr gut selbst weiß, haben wir es uns nie nehmen lassen, im Interesse der Fortbildung, und um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, Mißstände im Fachschulwesen rücksichtslos aufzudecken. So hat auch unser Verbandstag 1908 die Fachschule »Sonntag-Dresden« einer scharfen Kritik unterzogen. Dieses hat selbst Herr Emmerich wohlwollend begrüßt. Heute, da der Gehilfenverband es unternimmt, auch Herrn Emmerich's Anstaltsfolge auf ihren rechten Wert zurück zu führen — ja, da ist es einmal etwas anderes, da möchte Herr Emmerich die Aufdeckung seiner Mißerfolge als Negation auslegen. Derselbe Verbandstag, für den Herr Emmerich damals so großes Interesse entwickelte, mußte ihm doch durch seine Stellungnahme zur Fachschulbildung genügend bewiesen haben, daß letztere durch unsere Organisation alles andre als negiert wird. Wir glauben nicht, daß Herr Emmerich von der nachstehenden, dort einstimmig gefaßten Resolution keine Kenntnis hat:

»In Erwägung dessen, daß eine fachliche Ausbildung nur dann möglich ist, wenn eine gründliche theoretische Bildung neben der praktischen Hand in Hand geht, erachten wir die Förderung von Fachschulen mit Tagesunterricht für notwendig. So lange die Fachschule nicht als städtische bzw. staatliche Lehrwerkstätte mit mehrjährigem Lehrgang ausgebaut ist, fordern wir eine gleichzeitige gewerbliche oder technische Tätigkeit im Beruf. Personen, bei welchen diese Voraussetzungen fehlen, sind vom Fachschulbesuch auszuschließen. Die Schaffung von Fachschulen für das weibliche Geschlecht gesondert, wie sich das in der Lehr-

anstalt des Lette-Hauses zeigt, verwerfen wir, da hierdurch Reserve geschaffen werden. Private Lehranstalten, d. h. solche, die in Hinsicht auf persönlichen Nutzen der Unternehmer geschaffen sind, sind scharf zu bekämpfen, da sie nur ein Interesse haben, Schüler heranzuziehen, unbeschadet um deren Ausbildung und weiteres Fortkommen, ferner aber durch diese Halbkraft unser Beruf schwer geschädigt wird.«

Weiter behauptet Herr Emmerich, die Organisation leiste nichts in fachlicher Beziehung für die Gehilfen. Wir haben uns sowohl in Berlin wie auch in München an die Leiter bzw. Instanzen der städtischen Fachschulen für die Photographen gewandt mit der Bitte um Erweiterung der Lehrfächer und Reformierung der beiden städtischen Fachschulen in Berlin. An beiden Stellen, also sowohl in München wie auch in Berlin, wurde zunächst wegen Mangel an Mitteln diese Möglichkeit abgelehnt. Noch heute warten wir auf die uns vor einigen Jahren in Aussicht gestellte Einholung der von uns einzufordernden Vorschläge, die Herr Stadtschulrat Michaelis-Berlin für wünschenswert hielt. Haben unsere senerzeit gut besuchten Kohle-Kurse, die fachlichen Artikel hervorragender Fachleute und Kunstschriftsteller, und erst vergangenes Jahr der Vortrag des Herrn Dührkop, der sehr stark besucht war, sowie die von uns veranstalteten Ausstellungen nicht unser Bestreben, die fachliche Weiterbildung zu fördern, zur Genüge bewiesen? Wenn uns dies nicht in dem Maße gelingt, wie wir es wünschen, so sind nicht wir, sondern oben genannte Stellen dafür verantwortlich zu machen.

Unsere Organisation hat stets Interesse für die fachliche Fortbildung gezeigt. Wie aber steht es damit bei den Prinzipalen? Sie verweigern den Lehrlingen und Gehilfen die Zeit, die Schulen zu besuchen, und helfen dazu den Leitern der Sonderschulen, ihre Sonderbestrebungen zu fördern.

Es lohnt sich nun, die Leistungen und Erfolge der Emmerich'schen Anstalt nach Absolvierung eines zweijährigen theoretischen und praktischen Unterrichts, verbunden mit etlichen tausend Mark Unkosten, etwas näher in Augenschein zu nehmen. Unsere Münchener Kollegen könnten aus nächster Nähe diese »Erfolge« am besten würdigen. Sie stellten fest, wie Absolventen der Münchener Anstalt als »den Anforderungen der Neuzeit voll entsprechende Elemente« in vielen Fällen den von Herrn Emmerich selbst diktierten Minimallohn von 100 Mark wegen mangelnder Kenntnisse nicht erreichen! Bei Gehältern von 100, 80 und 40 Mk. monatlich, ja mit noch niedrigeren Monatslöhnen und sogar ohne Gehalt müssen diese längere Zeit volontieren! Herr Grainger, mit Herrn Emmerich in engster Fühlung stehend, zahlte, trotzdem ihm die Möglichkeit geboten ist, die besten Kräfte der Anstalt zu engagieren, nicht mehr als 80 Mark monatlich!

So sieht es nun nicht nur bezüglich der Münchener Absolventen aus, sondern auch in Berlin. Und ist es da nicht begreiflich, wenn sich ein gewisses Mißtrauen gegen diese Lehranstalten zeigt? Muß doch auch die massenhafte Ausbildung weiblicher Kräfte durch das Lette-Haus die Animosität verstärken, da Direktor Schulte-Henke die Zöglinge des Lette-Hauses bei jeder Gelegenheit empfiehlt und vermittelt. Jene Kräfte werden von tarifreuen Anstalten der Chemigraphie abgewiesen, kommen nur in nichttarifreuen Firmen unter und wirken so als Spurenbrecher. Unter Protektion hoher Herrschaften sind viele Sparten im Berufe den Schülerinnen des Lette-Hauses reserviert und die ordnungsgemäß ihre Lehre absolvierenden Gehilfen haben das Nachsehen. Ähnliches schwebt wohl Herrn Emmerich bezüglich der Schüler in den Abteilungen Lichtdruck und Chemigraphie der Münchener Anstalt vor. Deshalb sucht er ja besonders Schüler für diese Branchen. Die Doppelposition des Direktors der Photographischen Lehranstalt des Lette-Hauses als gleichzeitigem Dirigenten der Berliner städtischen Fachschule für Photographen ist unhalbar. Als ehemaligem Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Photographen-Chefs-Vereine fehlte es ihm gegenüber den Gehilfen an genügender Objektivität. Das wird bewiesen durch sein ablehnendes Gutachten in einer Streitfrage der Ortskrankenkasse der Photographengehilfen zu Berlin, ob Rotationsbetriebe als photographische Anstalten gelten können. Durch die Ansicht, derartige Betriebe seien nicht photographische, hat dieser Herr veranlaßt, daß die Aufsichtsbehörde einen großen Teil von Kollegen der Photographen ausscheiden ließ, trotzdem diese Betriebe vorher jahrelang der Photographenkasse angehört. Ebenso hatte er als ehemaliger Vorsitzender des Zentralverbandes trotz bestehender Stellenvermittlung in diesem Verbands für die Lettschülerinnen eine solche besonders eingerichtet. Unserer Meinung nach gehören die gesamten graphischen Berufe in gemeinsame Fachschulen, aber hier wird jeder Fortschritt unterbunden. Jeder geht den Weg des eigenen Interesses.

Wir sehen in beiden Städten dasselbe Bild, private Gründungen werden von den Behörden bevorzugt. Durch die Entwicklung der Drucktechnik werden viele Arbeitskräfte überflüssig, für die sich die Lebensfrage, Stellung zu erhalten, immer schwieriger gestaltet. Die wenig vertrauenerweckende und in objektive Art gegenüber den Gehilfen verbunden

mit der Zurücksetzung ihrer Wünsche durch die Leitungen der Schulen kann aber kein stärkere Interesse für diese erwecken. Diese sich zeigenden Mißstände vermindern die Aussicht, angemessene Ausbildung und Berücksichtigung zu finden. Die gesamte Gehilfenschaft muß deshalb eine zuverlässige Regelung des Fachschulwesens fordern. Hier kann aber nur der Zusammenschluß aller Berufsangehörigen Aenderung bringen.

Von den geladenen Vertretern der beiden Berliner städtischen Schulen war nur ein solcher der Handwerkerschule 2 erschienen. Die Fachschule der Photographen hatte offiziell niemanden entsandt. Die Diskussion zeigte, daß auch »private« Gründe einen Lehrer der Fachschule veranlassen konnten, für letztere einzutreten. Auch erklärte er, daß Damen im Lette-Haus nicht mehr bevorzugt würden, und daß es jetzt auch Herren möglich gemacht sei, diese Lehranstalt zu besuchen und zwar unter der Bedingung des Besitzes des Einjährigzeugnisses. Damit glaubt man die Argumente, daß die Damen Reserve genießen, entkräften zu können. Dabei wird ein noch schlimmeres Reservat geschaffen, indem dem proletarischen Nachwuchs der Eingang in gewisse Zweige des Berufs ganz und gar verschlossen wird. Die Meinung der Anwesenden wurde in der folgenden einstimmig angenommenen Resolution zusammengefaßt:

»Die heutige Versammlung der Photographen protestiert gegen die Anmaßung des Herrn Prof. Emmerich in der »Photographischen Kunst«. Sie erkennt die heutigen Zustände als verbesserungsbedürftig an und sieht allen nicht auf Erwerb berechneten Fachschulen sympathisch gegenüber. Sie fordern aber eine objektivere Stellungnahme der leitenden Personen dieser Anstalten gegenüber der Gehilfenschaft. Die Berliner Fachschulverhältnisse sind unbedingt reformbedürftig und sind einheitlich zu regeln. Die entsprechenden Schritte sind bei den zustehenden Behörden einzuleiten.«

Herr Professor Emmerich drohte in der »Photogr. Kunst« er hätte uns vor den Kadri zillieren wollen, habe es aber unterlassen, weil wir vom Fachschulwesen nichts verständen. Das ist seiner Weisheit letzter Schluß! Herr Emmerich wird wohl kaum eine Beleidigung aus unsern Darlegungen zu konstruieren vermögen; er könnte sich höchstens eine Abfuhr holen, die ihm nicht angenehm wäre.

Wir lassen nun einige Fälle Revue passieren, wie es in der Münchener Lehranstalt Ausgebildeten ergangen ist; die Leser mögen dann selbst ein Urteil fällen:

Abgangsschüler K. erhielt auf einige Monate Stellung mit 40 Mk. und freier Station, war dann ein Jahr lang arbeitslos und hat jetzt nach 2 1/2 Jahren 90 Mk. Monatslohn.

Schüler I. kam von der Anstalt mit Note III, fand Stellung in Böhmen, wo in der Hauptsache noch immer seine Eltern für seine leiblichen Bedürfnisse aufkommen mußten. I. fand in der Lehranstalt s. Zt. Aufnahme mit den Noten III—IV aus der III. Klasse der Realschule.

Schüler F. H. war nach seinem Abgang Volontär ohne Entlohnung; ungefähr 1 Jahr darauf erhielt er 30 Mk. monatlich, nach 2 Jahren hatte er immer noch erst 40 Mk. pro Monat. In München wurde dieser frühere Schüler gesehen, wie er für den Prinzipal Kartoffeln einkaufte.

Schülerin —a.— n. hat durch die Anstalt Stellung mit 40 Mk. und freier Station erhalten, jetzt, nach 2 1/2 Jahren, erhielt sie monatlich 60 Mk. Lohn.

Schülerin —e.— r. hat einen Kollegen gebeten er möge sie doch in der Firma, wo er beschäftigt ist, ohne Bezahlung als Volontärin unterbringen. Zu dieser Zeit war sie nahezu 2 Jahre von der Schule weg.

Schüler M., ein schon älterer Absolvent, hatte nach Abgang 150 Fr. Gehalt erhalten; jetzt, mit 27 Jahren, hat er monatlich 90 Mk.

So ließe sich das Bild noch bedeutend erweitern, wenn man alle früheren Schüler erreichen und auf Herz und Nieren prüfen könnte.

Die Firma Raf Zürich hat sich bei dem Ausschreiben eines Postens ausdrückliche Offerten von Schülern aus Lehranstalten verboten! Warum mag dieser Arbeitgeber dies wohl getan haben?

Ein früherer Schüler Z. der Herrn Emmerich begegnete, wurde von diesem gefragt, wie es ihm gehe. Er bemerkte, er sei jetzt im Atelier Pl. beschäftigt. Anderen Tages erkundigte sich Herr Emmerich bei Herrn Pl. telefonisch, wie dieter mit Z. zufrieden sei. Pl. antwortete, er sei mit Z. sehr zufrieden. Herr Emmerich sprach über diese Auskunft in Anbetracht der Bekämpfung seiner Schule durch die Gehilfen seine Freude aus. Herr Pl. teilte hierauf Herrn Emmerich mit, daß Z. ohne jede Bezahlung bei ihm volontierte! Herr Emmerich gab keine Antwort mehr. Tableau!

Und nun zum Schluß noch eine Frage, die, wenn sie mit ja beantwortet werden müßte, beweisen würde, wie Herr Emmerich das photographische Gewerbe hebt. Ist es wahr, daß Sie sich, Herr Professor, zu Gunsten ihrer Anstalt um die photographischen Arbeiten der Gemeinde München bewerben und bemühen? U. A. w. g.!

M.

# Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.  
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg  
Rittergutstr. 24.

## Hygienische und sanitäre Mißstände.

In Nr. 48 der »Or. Pr.« bespricht Kollege — e — unter dem Titel »Die Verhältnisse in unserm Berufe« im Allgemeinen die Unzulänglichkeit der sanitären wie hygienischen Zustände in den Formstechereien, ohne aber eine bestimmte Firma dabei zu nennen. Dieses möchte ich nachholen. Kollege — e — kann nur die Firma H. Fochem Köln im Auge gehabt haben, ohne daß ich damit sagen will, daß in anderen Firmen in dieser Hinsicht alles in Ordnung sei.

Wenn man morgens genannte Bude betritt, empfängt einen eisige Kälte. Erst um 7 Uhr, wenn die Arbeit beginnt, wird mit dem Heizen begonnen. Doch vor 9 Uhr wird es nicht warm. Wenn man ferner bedenkt, daß das Atelier Steinboden hat und die darunter liegenden Etagen Lager sind, welche nicht geheizt werden, so wird sich jeder leicht selbst ein Bild von den Wärmeverhältnissen machen können.

Doch zu den Arbeitsplätzen selbst treibt manchen Kollegen die Neugier, um zu sehen, ob sein Werkzeug über Nacht wieder benutzt worden ist. Nicht von Menschen sondern von Mäusen, die es jede Nacht verunreinigen. Es gibt nur wenige Stecher in der Bude, die sich rühmen können, nichts von der Plage zu bemerken. Auf Vorhalt hin erklärt dann Herr Fochem, daß er nichts dagegen tun könne, die Mäuse gingen nicht in die aufgestellten Fallen. Ich meine, wenn Herr Fochem wollte, ließe sich doch manches ändern; es fehlt aber der gute Wille.

Dann steht den Kollegen nur ein Klosett zur Verfügung, das gleichzeitig Pissoir ist. Ebenso gibt es nur ein Waschbecken. Beides spricht wohl für sich selbst, wenn man bedenkt, daß dort 25 Mann beschäftigt sind. Ferner muß man, will man das Klosett oder Pissoir benutzen, erst zwei Treppen herunter und über den Hof gehen — bei schlechter Witterung oder großer Kälte gerade keine Annehmlichkeit für die dort Beschäftigten.

Man kann es unter diesen Umständen den arbeitssuchenden Kollegen nicht verdenken, wenn sie sich ersat' reiflich überlegen, ob sie in dieses Dorado schaffen gehen sollen. Oder glaubt Herr Fochem, daß sich diese Zustände nicht herumsprechen? Die fremden Kollegen sind eben meist eine bessere und freundlichere Ordnung gewöhnt. — d.

# Feuilleton.

## An die Zufriedenheit!

Ein Stammbuchvers für Auch-Kollegen.

Ihr lieben Leut', seid doch zufrieden.  
Und schickt euch in die böse Welt,  
Das Los, das euch von Gott beschieden,  
Trag' jeder als ein Christ und Held.  
Wer nur den lieben Gott läßt walten,  
Der läßt auch alles hübsch beim alten,  
Es gibt auf Erden weit und breit  
Nichts Schöneres — als Zufriedenheit.

Und wenn ihr in der Welt 'rumlungert,  
Wenn's Hemd euch durch die Hosen blickt,  
Wenn ihr vorm Haus des Reichen hungert  
Und wenn der Frost euch knieft und zwickt;  
Bedenkt, es kann ja hier auf Erden  
Doch nicht ein jeder glücklich werden,  
Dem einen Glück und Herrlichkeit,  
Dem andern — die Zufriedenheit.

Zufriedenheit sei meine Freude,  
Zufriedenheit sei meine Lust,  
In meinem abgeschabten Kleide  
Herrscht dies Gefühl in meiner Brust.  
Und bin ich einat verlumpt, verdorben,  
Vor Hunger endlich gar gestorben,  
Dann schreib auf Grab mir groß und breit:  
Der Kerl starb — an Zufriedenheit.

»Zimmerer.«

## Eine neue Entdeckung?

Der »Verein für Sozialpolitik« beschäftigt sich auf der Generalversammlung am 9. und 10. Oktober in Nürnberg unter anderem auch mit den Problemen der Arbeiterpsychologie. Der Verein hat vor nunmehr vier Jahren eine »exakte« Erforschung der proletarischen Lebensverhältnisse begonnen. Zu diesem Zwecke wurde eine Umfrage bei Arbeitern der Großindustrie veranstaltet. Die Antworten sind nun als »Auslese und Anpassung der Arbeiter der Großindustrie« veröffentlicht. Da lesen wir z. B.: »Die Untersuchungen geben ein Bild, mit welcher eburner, grausamer Unerbittlichkeit der privatwirtschaftliche Rentabilitätsstandpunkt dieser Industrien sich seine Arbeiterauslese schafft. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird wie ein Rohstoff berechnet und in die Kalkulationen mit einbezogen. Die Folge ist, daß die Leistungsfähigkeit der einzelnen durch das Akkordsystem mit seinen Härten einer rücksichtslosen Ausnützung des Individuums bis zum Maximum gesteigert wird. Wer nicht mehr mit kann, den Berechnungen nicht ganz entspricht, wird strengstens ausgespart. Nur junge, stahlharte, kräftige Arbeiter kann das Großunternehmen aufnehmen.« Schon seit 50 Jahren haben die Sozialdemokraten dasselbe gesagt, mit dem Resultat, daß sie allgemein als Heizer und Auffrührer verschrien wurden. Aber hören wir weiter: »Mit 50 Jahren wird der Arbeiter aus dem Betrieb ausgeschieden und muß nun sehen, wo es für ihn noch ein notdürftiges Unterkommen gibt. Die Berliner Maschinenindustrie z. B. braucht ihre Arbeiter zu einer Zeit auf, in der der Mann der bürgerlichen Berufe sich meist noch in der Fülle seiner Kraft befindet und gerade das Beste und Relfste hervorbringen kann.« Unsere Herren scheinen nicht zu wissen, daß dasselbe bei jeder Arbeitlosenzählung festgestellt ist. K. Marx hat im »Kapital« bereits ausführlich auseinandergesetzt, nicht nur daß, sondern auch wie und warum die kapitalistische Ausbeutung die Lebenskraft der Arbeiter an der Wurzel vergiftet. Doch hören wir den Autor Leo Engel weiter: »Je mehr der ungeheure Aufschwung der Technik die Last der körperlichen Arbeit mindert, desto mehr wächst die seelische Last der Arbeiter. Denn der früher selbstständig, aus eigener Urteilskraft Handelnde, mit eigener Geschicklichkeit Formende ist durch die Maschine zum Wärter degradiert. Tagaus, tagein verlangt man von ihm stärkste Anspannung der Nerven und größte Aufmerksamkeit, aber nur die Tätigkeit eines Automaten: — auf dieselbe Stelle der Maschine, auf immer denselben Stückteil der Gesamtarbeit. Das ist es, was den Druck auf die Seele des Arbeitenden ausübt, jene Arbeitslust auslöst und das ewige Klagelied der einseitigen Reizlosigkeit entstehen läßt. Ein anderes kommt noch verstärkend zur Monotonie hinzu: zwischen Arbeitsprodukt und Arbeiter besteht nicht die geringste persönliche Beziehung. Nur die Teile und Teilchen kommen aus seiner Hand; doch selten weiß er, zu welchem Ganzen es gehört. »Er kann nicht mehr den Werdegang des Arbeitstückes von Anfang bis Ende verfolgen, es wachsen sehen.« Und so fehlt gerade das, was jeder Arbeit die Arbeitsfreude, den Reiz verleiht: das Selbstgestaltende (die größte Arbeitsfreude wurde bei den Formern und Oeifern festgestellt), das Wissen um ein schöpferisches Tätigsein.« — Auch hier müssen unsere Leser zugeben, daß dies zwar recht treffend, aber keineswegs erschöpfend oder neu ist. Mit all diesem wollen wir wahrlich nicht sagen, daß die neuen Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik wertlos sind. Im Gegenteil. Die Ausführungen von Marx sind schon 50 Jahre alt und erstrecken sich lediglich auf englische Verhältnisse und Arbeiter. Wenn nun Leute auch in Deutschland derartige Untersuchungen anstellen und wenn sie feststellen, daß durch den kapitalistischen Aufschwung in Deutschland die geistige Verelendung der Massen droht, so ist das ein neuer Beweis für die Richtigkeit der »sozialdemokratischen Irrlehren.« Um dieser geistigen Verelendung der Massen vorzubeugen, ist es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, sich innerhalb der Arbeiterbewegung zu betätigen, damit es gelingt, die Schäden der automatischen Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. zu mildern.

»Die Gewerkschaft.«

## Vom Büchertisch.

**Die Lese.** Literarische Zeitung für das deutsche Volk. Herausgegeben von Theodor Etzel und Georg Muschner. Erscheint Samstags. Nr. 45—47. Verlag: Die Lese, G. m. b. H., München. Einzelheft 15 Pf. Jahrespreis nebst zwei Jahresbüchern 6 Mk., Vierteljahrespreis 1,50 Mk.

**Wahlügen der bürgerlichen Parteien.** Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 316 Seiten 8°. Preis gebunden 3 Mk.

Der Titel des Buches sagt schon, welchem Zweck es dienen soll: die Schwindelmanöver der Gegner der Arbeiterklasse über die Arbeiterpartei zu beleuchten und auf ihren wahren »Wert« zurückzuführen. Diese Aufgabe erfüllt das Buch in muster-gültiger Weise. Ein übersichtlich geordnetes Sachregister erleichtert die Verwendung des Werkes für die Wahlagitation durch den in dieser tätigen Genossen. Für diese Wahlarbeit ist das Buch ebenso wie das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ein unentbehrlicher Helfer, sodaß wir seine Anschaffung allen agitatorisch tätigen Kollegen warm empfehlen.

**In Freien Stunden.** Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 15. Jahrg., Nr. 41 bis 45. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft (24 Seiten 8°) 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

**Handbuch des Arbeiter-Turnbundes.** Im Auftrage des Bundesvorstandes und mit Unterstützung durch zahlreiche Mitarbeiter herausgegeben von Fritz Wüding. Arbeiter-Turnverlag Bachhaus & Dittrich, Leipzig. 424 Seiten 8°. Preis 2,50 Mk.

Wie der Arbeiter-Sängerbund, so hat nun auch der Arbeiter-Turnbund in einem sehr umfangreichen Handbuch über seine Bestrebungen berichtet. Das Buch wird eingeleitet mit einer knapp gehaltenen, aber lebendig geschriebenen geschichtlichen Abhandlung über den Werdegang des Bundes. Dem schließt sich eine umfangreiche Geschichte der einzelnen Kreise an. Besonderes Interesse erweckt der Aufsatz über das Jugendturnen. Aus den zahlreichen Erlassen und Verordnungen der Regierungen, die uns in ihrem Wortlaut zugänglich gemacht werden, ist zu ersehen, mit welcher Beharrlichkeit und Konsequenz die Arbeiterjugendbewegung auch in den Turnvereinen verfolgt wird. Dieser Teil des Buches kann auch dem Politiker gute Dienste leisten. Der übrige Inhalt beschränkt sich mehr auf das innere Leben der Organisation. Interessenten kann die Anschaffung des gediegen ausgestatteten Buches bestens empfohlen werden.

**Tripollersaub und Weltkrieg.** Rede, gehalten am 5. November 1911 im Kaufmännischen Vereinshaus zu Frankfurt a. M. von Hermann Wendel. Verlag der Buchhandlung Volkstümme, Maier & Co., Frankfurt a. M. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf.

**Warum mußt du Sozialdemokrat sein?** Sozialdemokratische Flugchriften, IV. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf.

**Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften.** Weihnachten 1911. Fünfter Jahrgang. Herausgegeben vom Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68. Lindenstr. 3. 68 Seiten 8°.

Das Verzeichnis wird bei der Auswahl und Anschaffung von Büchern zu Weihnachtsgeschenken den Arbeiteltern vortreffliche Dienste leisten. Es ist nach dem Grundsatz zusammengestellt: »Für das Volk und seine Jugend ist das Beste gerade gut genug.« Auch wird es den Bibliothekaren der Organisationen der Arbeiterschaft bei der Anlage und dem Ausbau von Jugendbüchereien ein treuer Ratgeber sein.

**Arbeiter-Jugend.** Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 3 Jahrgang, Nr. 22 u. 23. Verlag: Fr. Eberl (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 4°) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

## Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

## Stellenangebote

**Tüchtige Positiv-Retuscheure** für amerikanische Maschinen-Retusche zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten erbeten unter Beifügung von Mustern und Angabe der Gehaltsansprüche an [300] J.G. Schelter & Gliesecke, Leipzig, Brüderstr. 26-28, Reproduktionsanstalt.

## Tüchtiger Metall-Präser

zum sofortigen Eintritt gesucht. [240] Gebl. Offerten mit Angabe des Alters, der seitherigen Tätigkeit und der Lohnansprüche an Aug. Schuler, Chemigraphische Kunstanstalt Stuttgart.

**Messingstecher Holzstecher** sowie einige werden durch den Nachweis gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.  
**Chiffre-Insertate** finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photographische Verfahren, Servend und Webstuhl-Ausbildung, Prosopie inkl. Kunstgewerbelehre  
Barmen

## Stellengesuche

**Perfekter Auto-Aetzer,** Kenntnis im Farbenätzen, wünscht sich zu verändern. Derselbe möchte sich als Fertigmacher vervollkommen. [120] Anspr. besch. München bevorz. Gebl. Offerten erbeten. i. Fr. Göpfert, Straßburger-Alle 7, Basel.

**Verchiedenes**  
**Roulettes, Fadenstichel, Fräser u. s. w.** in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vorm. G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

**Facilliteratur.**  
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.  
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf.  
Zu beziehen durch  
Conr. Müller, Schkeuditz.